

Lenk, Thomas; Hesse, Mario

Working Paper

Finanzielle Belastungen der sächsischen Kommunen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Arbeitspapier, No. 44

Provided in Cooperation with:

University of Leipzig, Institute of Public Finance and Public Management

Suggested Citation: Lenk, Thomas; Hesse, Mario (2013) : Finanzielle Belastungen der sächsischen Kommunen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Arbeitspapier, No. 44, Universität Leipzig, Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management, Finanzwissenschaft, Leipzig

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/88557>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Universität Leipzig
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management, Finanzwissenschaft
Prof. Dr. Thomas Lenk

November 2013

Arbeitspapier Nr. 44

**Finanzielle Belastungen der sächsischen Kommunen aus der
Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II**

Prof. Dr. Thomas Lenk
Dipl.-Vw./Dipl.-Kfm. Mario Hesse

Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management
- Finanzwissenschaft -
Neues Augusteum
Augustusplatz 10
D-04109 Leipzig, Germany
Tel: +49 -341 / 97 33 580
Fax: +49 -341 / 97 33 589
E-Mail: fiwi@wifa.uni-leipzig.de

ISSN 1437-5761
Alle Rechte vorbehalten

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Kommunale Sozialausgaben	5
3	Leistungen nach dem SGB II	9
4	Ursachen der Kostenunterschiede	15
5	Finanzierung der Lasten aus dem SGB II	20
6	Nettobelastungen aus dem SGB II	23
7	Verteilungsverfahren des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs in Sachsen	26
8	Verfahren in den anderen ostdeutschen Ländern	29
9	Alternativer Verteilungsmechanismus	30
10	Literaturverzeichnis	35
11	Tabellenanhang	37

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Entwicklung der Ausgaben für Soziale Leistungen in Euro/Einw.....	6
Abbildung 2:	Struktur der Sozialen Leistungen 2012 in Euro/Einw.....	8
Abbildung 3:	Bruttoausgaben im Bereich des SGB II im Jahr 2012	11
Abbildung 4:	Bruttoausgaben im Bereich des SGB II im Jahr 2012 in Sachsen.....	12
Abbildung 5:	Entwicklung der Ausgaben für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II in Euro/Einw. (ARGEn und Optionskommunen)	13
Abbildung 6:	Entwicklung der Rahmendaten im SGB II in Sachsen 2005-2012.....	14
Abbildung 7:	Bruttoausgaben für KdU und BuT 2012 in Euro/Einw.....	15
Abbildung 8:	Falldichte und Kostenintensität der KdU und BuT 2012 in Sachsen	17
Abbildung 9:	Falldichte und Kostenintensität der KdU und BuT 2005-2012 in Sachsen	19
Abbildung 10:	Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft 2005-2014	21
Abbildung 11:	Leistungsbeteiligung des Bundes und des Landes an den Ausgaben für KdU und BuT	22
Abbildung 12:	Nettobelastungen aus dem SGB II (KdU und BuT) 2012 in Euro/Einw.	24
Abbildung 13:	Nettobelastungen aus den KdU und BuT 2012 in Euro je Bedarfsgemeinschaft	25
Abbildung 14:	Nettolasten aus der Sozialhilfe 2000, 2004 und 2005 in Euro/Einw.	28
Abbildung 15:	Nettobelastungen bei alternativer Verteilung des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften 2012	32
Abbildung 16:	Nettobelastung durch die strukturelle Arbeitslosigkeit 2000-2012 in Euro/Einw.	33
Abbildung 17:	Nettobelastung aus SGB II (KdU + BuT) und SGB XII 2000-2012 in Euro/Einw. bei einer Verteilung des Sonderlastenausgleichs nach Bedarfsgemeinschaften	34

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Falldichte und Kostenintensität im Bereich der KdU und BuT 2012	16
Tabelle 2:	Bruttoausgaben, Bundes- und Landeszuweisungen sowie Nettobelastung aus dem KdU und BuT-Leistungen 2012 in Euro	23
Tabelle 3:	Alternative Verteilung des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften 2012	31
Tabelle 4:	Bruttoausgaben KdU, BuT 2005-2012 in Euro	37
Tabelle 5:	Bruttoausgaben KdU, BuT 2005-2012 in Euro je Einwohner und Euro je Bedarfsgemeinschaft	38
Tabelle 6:	Falldichte in Bedarfsgemeinschaften je 1.000 Einwohnern	39
Tabelle 7:	Kostenintensität in Ausgaben je Bedarfsgemeinschaft	40
Tabelle 8:	Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft 2005- 2012 in Euro	41
Tabelle 9:	Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft 2005- 2012 in Euro je Einwohner und Euro je Bedarfsgemeinschaft	42
Tabelle 10:	Wohngeldweitergabe des Landes 2005-2012 in Euro	43
Tabelle 11:	Wohngeldweitergabe des Landes 2005-2012 in Euro je Einwohner und Euro je Bedarfsgemeinschaft	44
Tabelle 12:	Weitergabe der Mittel des Landes aus den Hartz-IV-SoBEZ 2005-2012 in Euro	45
Tabelle 13:	Weitergabe der Mittel des Landes aus den Hartz-IV-SoBEZ 2005-2012 in Euro je Einwohner und Euro je Bedarfsgemeinschaft	46
Tabelle 14:	Nettobelastung nach Beteiligung des Bundes und des Landes in Euro	47
Tabelle 15:	Nettobelastung nach Beteiligung des Bundes und des Landes in Euro je Einwohner und Euro je Bedarfsgemeinschaft	48
Tabelle 16:	Alternative Verteilung des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs nach Bedarfsgemeinschaften in Euro	49
Tabelle 17:	Alternative Verteilung des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs nach Bedarfsgemeinschaften in Euro je Einwohner und Euro je Bedarfsgemeinschaft	50
Tabelle 18:	Nettolasten bei alternativer Verteilung des Hartz-IV- Sonderlastenausgleichs nach Bedarfsgemeinschaften in Euro	51
Tabelle 19:	Nettolasten bei alternativer Verteilung des Hartz-IV- Sonderlastenausgleichs nach Bedarfsgemeinschaften in Euro je Einw. und Euro je BG	52
Tabelle 20:	Differenz der Zuweisungen bei Verteilung nach Bedarfsgemeinschaften gegenüber Status quo in Euro	53
Tabelle 21:	Differenz der Zuweisungen bei Verteilung nach Bedarfsgemeinschaften gegenüber Status quo in Euro je Einw. und Euro je BG	54

1 Einleitung

Seit 2003 analysiert der Gemeindefinanzbericht Sachsen, der im Auftrag des Sächsischen Städte- und Gemeindetages (SSG) durch das Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management der Universität Leipzig erstellt wird, die aktuelle und Finanzlage der sächsischen Kommunen (Kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden und Landkreise). Die jüngste Ausgabe erschien im November 2013.¹ Die Ausgaben für Soziale Leistungen waren im gesamten Untersuchungszeitraum eine der dominierenden Positionen im kommunalen Gesamthaushalt. In diesem Ausgabenbereich haben in den vergangenen 10 Jahren enorme strukturelle Veränderungen stattgefunden. Die einschneidendste Veränderung war hierbei sicherlich die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende zum Jahr 2005 und die damit Verbundene Neuordnung der Sozialgesetzbücher (SGB) II und XII.

Bis zum aktuellen Rand weisen die sächsischen Kommunen im bundesweiten Vergleich eine hohe Quote struktureller Langzeitarbeitslosigkeit auf, die sich in hohen kommunalen Ausgaben im Bereich des SGB II niederschlägt. Trotz einer beispiellos positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt seit 2005 hat sich das Ausgabenniveau nur unwesentlich verringert. Regelmäßig werden die hohen Sozialausgaben in Verbindung mit der teils prekären Finanzlage der Kommunen gebracht. Mit gleicher Regelmäßigkeit erreichen die Autoren des Gemeindefinanzberichts Sachsen Anfragen zu Art und Umfang der Sozialausgaben der sächsischen Kommunen sowie zu den kommunalen Kosten der strukturellen Arbeitslosigkeit.

Da der Gemeindefinanzbericht hierzu lediglich einen Überblick liefert und detaillierte Untersuchungen zu einzelnen Aufgaben seinen ohnehin sehr umfangreichen Rahmen sprengen würden, soll das vorliegende Arbeitspapier einen detaillierteren Einblick in die kommunalen Leistungen nach dem SGB II bieten und dabei insbesondere die interregionalen Belastungseffekte näher untersuchen. Neben einem deskriptiven Teil soll das Arbeitspapier zusätzlich einen alternativen Vorschlag zur Verteilung des sächsischen „Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs“ nach § 18 SächsAGSGB unterbreiten, der die Diskussion um regionale Belastungseffekte sachlich unterstützen soll.

Als Datengrundlage für eine finanzwissenschaftliche Analyse kann generell die Jahresrechnungsstatistik oder die Kassenstatistik dienen. Die *Jahresrechnungsstatistik* erfasst alle Kombinationen der Gliederung nach Aufgaben und der Gruppierungen nach Kostenarten. Sie bietet insofern umfangreiche Möglichkeiten der Haushaltsanalyse. Die Jahresrechnungsstatistik erscheint allerdings mit einer Verzögerung von bis zu 18 Monaten (aktueller Datenstand: 2011). Die *Kassenstatistik* hingegen, die auf die Aufschlüsselung nach Aufgabenbe-

1 Vgl. Lenk/Hesse/Lück (2013).

reichen verzichtet, weist den Vorteil der höheren Aktualität auf (aktueller Datenstand: 2012 + 1. Halbjahr 2013).² Je nach Verwendung der Statistiken muss auch die Relevanz der Unterschiede in der Abgrenzung beider Statistiken gewichtet werden. In der Kassenstatistik werden die nach Ablauf des Kalenderjahres anfallenden Abschlussbuchungen im ersten Quartal des Folgejahres berücksichtigt, bei der Jahresrechnung hingegen erfolgen alle Berücksichtigungen im entsprechenden Rechnungsjahr. Verkürzt bedeutet dies: Die Jahresrechnungsstatistik spiegelt die genaueren absoluten Werte wider. Die regelmäßige Verwendung der Kassenstatistik führt aber ebenso zu Aussagen über den Trend in der Zeit und die Relationen von betrachteten Gemeinden untereinander. Zu Gunsten der höheren Aktualität wird in diesem Arbeitspapier auf die jährliche Kassenstatistik zurückgegriffen. Dabei wird implizit unterstellt, dass die Buchungen im Nachmeldezeitraum, durch die sich die Kassenstatistik und die Jahresrechnungsstatistik voneinander unterscheiden, eine gewisse Kontinuität aufweisen.

Die Datendarstellung der Kassenstatistik lässt eine Differenzierung nach Ausgabearten (Gruppierungen) zu, was für die hier umgesetzte Analyse der Sozialausgaben eine hinreichende Genauigkeit bietet. Betrachtet werden demnach Transferzahlungen an private Haushalte und Zuwendungen im öffentlichen Bereich. Verwaltungskosten in Form von Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung können demgegenüber nicht durch die Analyse der Kassenstatistik zugeordnet werden. Dies ist jedoch unschädlich, da den Kommunen bei diesen Positionen durchaus ein Gestaltungsspielraum obliegt. Die Konzentration auf die Leistungsausgaben und die damit verbundenen innerstaatlichen Finanzierungsströme fokussiert damit auf den Kernbereich der Aufgabenerfüllung.

2 Kommunale Sozialausgaben

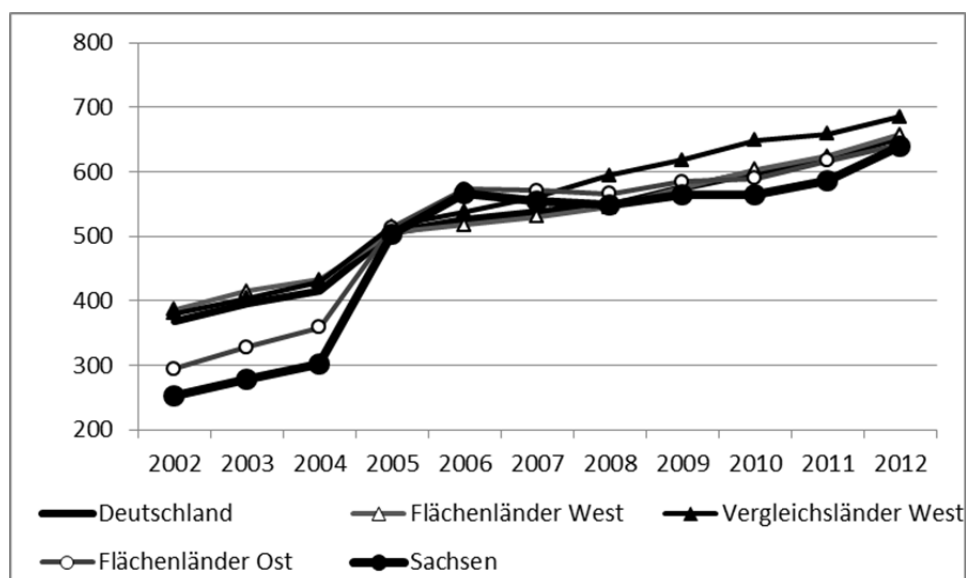
Die Kreisfreien Städte und Landkreise sind nach § 3 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 10 SächsAGSGB Träger der Sozialhilfe und nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB II i.V.m. § 9 Abs. 1 SächsAGSGB Träger von Teilen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II). Des Weiteren sind sie örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe (§ 69 Abs. 1 SGB VIII i. V. m. § 1 Abs. 1 LJHG.). Die kreisangehörigen Gemeinden sind zwar selbst keine Träger dieser Leistungen, sie sind aber vor allem über die Kreisumlage direkt an der Finanzierung der Sozialausgaben beteiligt – die Kreise verfügen selbst über keine Steuereinnahmen. Daher sind auch für die kreisangehörigen Gemeinden die Entwicklungen bei den Sozialen Leistungen

2 Die Kassenstatistik erfasst im 3-Monats-Rhythmus die Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben der öffentlichen Haushalte für das abgelaufene Quartal.

von Bedeutung. Die Landkreise und Kreisfreien Städte sind zudem überörtlich im Kommunalen Sozialverband organisiert, der ausgewählte Aufgaben im Bereich des SGB XII übernimmt.³

Bis 2004 hatten die sächsischen Kommunen zunächst ein unterdurchschnittliches Ausgabenniveau für Soziale Leistungen (Bruttoausgaben ohne zweckbezogene Einnahmen).⁴ Der Unterschied zur Ausgabenhöhe in Westdeutschland basierte dabei zum einen auf einem höheren Anteil von Arbeitslosenhilfeempfängern im Vergleich zu Sozialhilfeempfängern, die durch die Bundesanstalt (jetzt Bundesagentur) für Arbeit finanziert wurden. Zum anderen mussten weniger Rentner durch Sozialhilfe unterstützt werden, da die Rentenansprüche der ostdeutschen Arbeitnehmer in der Regel über dem Sozialhilfeniveau lagen. Im Bereich der Jugendhilfe waren dagegen kaum Unterschiede zwischen Ost und West festzustellen. Durch die Reformen des Jahres 2005 schnellten die Bruttoausgaben in allen untersuchten Teilräumen nach oben. Gleichzeitig wurde der Niveauunterschied zwischen West und Ost zunächst vollständig nivelliert. Das bisher günstig auf das Ausgabenniveau wirkende Verhältnis von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfebeziehern war über Nacht nicht mehr wirksam. Des Weiteren wurde die Zahl der Bedarfsgemeinschaften in den ersten beiden Jahren nach der Reform unterschätzt, so dass weitere, auch ins Jahr 2006 hinein reichende, Ausgabensteigerungen folgten. Seit dem Jahr der Umstellung 2005 sind die Ausgaben für Soziale Leistungen der bedeutendste Ausgabeblock für die bundesdeutschen Kommunen.

Abbildung 1: Entwicklung der Ausgaben für Soziale Leistungen in Euro/Einw.



Quelle: Lenk/Hesse/Lück (2013), S. 88.⁵

³ Vgl. Lenk/Hesse/Lück (2013), S. 87.

⁴ Auf diese Bruttoausgaben beziehen sich in der Regel Publikationen im Bereich der Kommunalfinanzen. Vgl. z. B. Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2013).

⁵ Flächenländer Ost ohne Sachsen, die Vergleichsländer West sind die wirtschaftsschwächsten westdeutschen Flächenländer Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

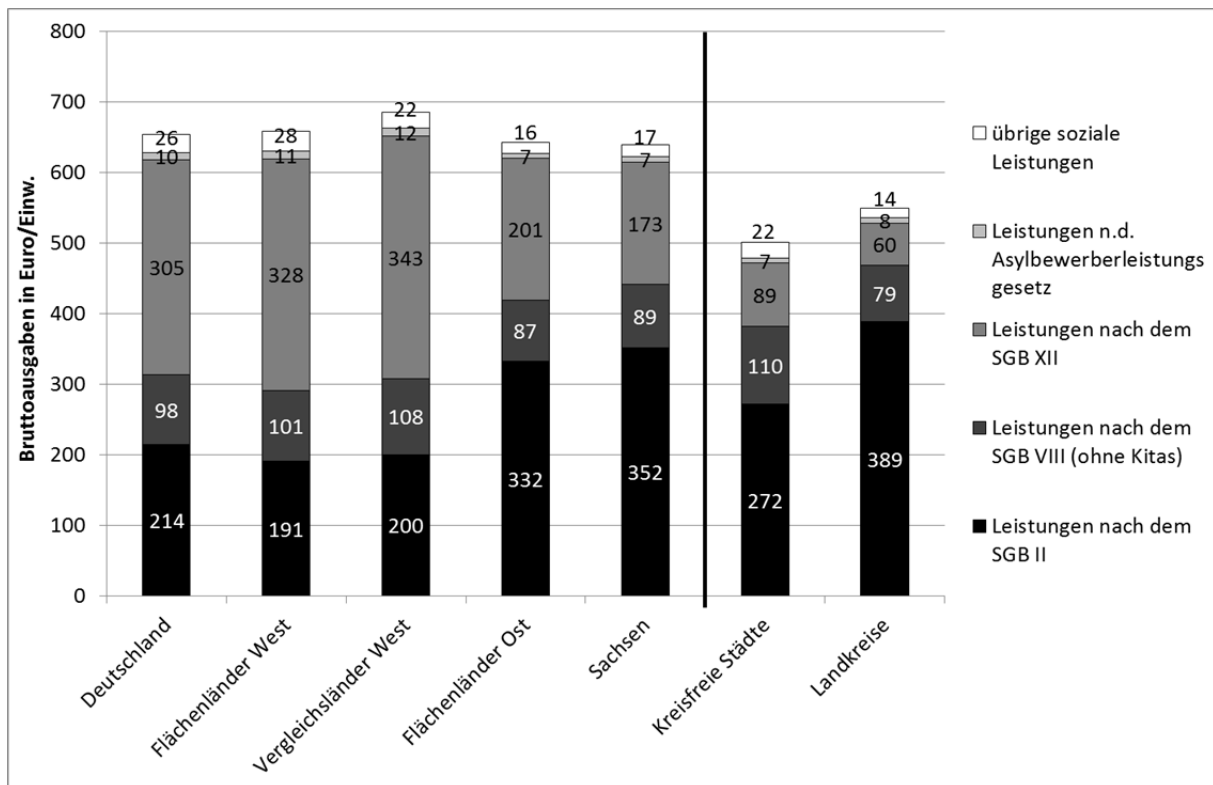
Ab 2007 zeigten sich dann unterschiedliche Entwicklungspfade: In den ostdeutschen Ländern und Sachsen waren die Ausgaben gegenüber dem Höchststand 2006 zunächst bis 2008 leicht rückläufig. Danach stiegen sie bis an den aktuellen Rand leicht an. In den westdeutschen Kommunen (einschließlich den finanzschwachen Ländern) zeigte der Trend hingegen von 2005 an stetig aufwärts. Sehr beunruhigend ist die Beobachtung, dass die Sozialen Lasten in fast allen betrachteten Räumen trotz des konjunkturellen Aufschwungs und einer deutlich gesunkenen Arbeitslosenquote stetig weiter gewachsen sind. Diese unabhängig von der wirtschaftlichen Lage steigenden Ausgabelasten haben in vielen Kommunen zu erheblichen Finanzierungsproblemen geführt. Damit gehören die Belastungen durch Sozialausgaben auch zu den wesentlichen Faktoren, die im Zusammenhang mit kommunalen Haushaltskrisen als Erklärungsansatz herangezogen werden.⁶

Im Bundesdurchschnitt betrug die Summe der kommunalen Sozialausgaben im Jahr 2012 654 Euro/Einw. In den wirtschaftsschwachen Vergleichsländern West waren es sogar 685 Euro/Einw. In Sachsen war die Gesamtposition mit 639 Euro/Einw. etwas geringer und lag auch geringfügig unter dem Ausgabenniveau der übrigen ostdeutschen Kommunen (642 Euro/Einw.). Im Freistaat war der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr mit +9,1 % allerdings besonders hoch, während die Sozialausgaben im Bundesdurchschnitt um 5,3 Prozentpunkte stiegen.

Die Analyse der Ausgabenstrukturen zeigt die deutliche Dominanz der Kosten der Grundversicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II in den ostdeutschen Kommunen, die mehr als 50 % der Gesamtausgaben im Bereich Soziales ausmachen. Spiegelbildlich dazu sind die Leistungen der Sozialhilfe nach dem SGB XII in den westdeutschen Kommunen bedeutsamer. Auch bezüglich der Jugendhilfe zeigen sich Unterschiede zwischen den Vergleichsräumen, die jedoch weniger ausgeprägt sind. Innerhalb Sachsens tragen die Landkreise höhere *Brutto*ausgaben im Bereich des SGB II, welche im Wesentlichen auf die Optionskommunen zurückzuführen sind, welche höhere Bruttoausgaben tragen, dafür aber auch höhere Zuweisungen erhalten (siehe unten). In den Kreisfreien Städten sind demgegenüber die Jugendhilfelasten deutlicher ausgeprägt.

6 Vgl. dazu detailliert am Beispiel Nordrhein-Westfalens Junkernheinrich/Lenk/Hesse (2011).

Abbildung 2: Struktur der Sozialen Leistungen 2012 in Euro/Einw.



Quelle: Lenk/Hesse/Lück (2013), S. 89.⁷

⁷ Flächenländer Ost ohne Sachsen, die Vergleichsländer West sind die wirtschaftsschwächsten westdeutschen Flächenländer Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

3 Leistungen nach dem SGB II

Zu den kommunalen Anteilen an der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II zählen aktuell:

- Leistungen für Unterkunft und Heizung (sog. „Kosten der Unterkunft“ oder „KdU“, § 22 SGB II)
 - darunter auch Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkautionen, Umzugskosten (§ 22 Abs. 6 SGB II),
- Kommunalen Eingliederungsleistungen (§ 16a SGB II)⁸
- Abweichende Erbringung von Leistungen (einmalige Leistungen an Arbeitssuchende, § 24 SGB II), darunter
 - Erstaussstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten,
 - Erstaussstattungen für Bekleidung und Erstaussstattungen bei Schwangerschaft und Geburt sowie
 - Anschaffung, Reparaturen und Mieten von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen.
- Zuschüsse zu Aufwendungen für Unterkunft und Heizung für Auszubildende (§ 27 SGB II)
- Leistungen für Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche (seit 2011) (§ 28 SGB II), darunter
 - Kostenübernahme für Schulausflüge und mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen,
 - Persönlicher Schulbedarf, angemessene Lernförderung sowie Aufwendungen für Schülerbeförderung (sofern nicht von Dritten übernommen),
 - Mittagsverpflegung in Schulen und Kindertageseinrichtungen sowie
 - Zuschüsse zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft (z. B. Zuschüsse zu Mitgliedsbeiträgen in den Bereichen Sport, Spiel und Kultur).

Zur Erfüllung der o. g. Aufgaben werden den kommunalen Trägern teilweise Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Alle übrigen Leistungen des SGB II, insbesondere die Regelleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Arbeitslosengeld II) und Eingliederungsleistungen in den Arbeitsmarkt, werden von der Bundesagentur für Arbeit getragen.

Die Leistungen des SGB II werden in Sachsen aktuell (2013) durch acht Arbeitsgemeinschaften (ARGEen) bzw. fünf zugelassene kommunale Träger (sog. Optionskommunen) im

8 Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen, Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung und Suchtberatung; § 16a SGB II.

Rahmen der Experimentierklausel des § 6 SGB II erbracht.⁹ 2012 ist der Erzgebirgskreis neu als Optionskommune hinzugekommen. Des Weiteren haben die Landkreise Görlitz und Leipzig die räumliche Ausdehnung ihres Optionsstatus auf das gesamte Kreisgebiet vollzogen. Bislang waren nur Teile davon (Altkreise Löbau-Zittau und Muldentalkreis) im Zuge der Optionsklausel tätig. In den Daten der Optionskommunen ist für 2012 auch noch der Altkreis Döbeln enthalten (LK Mittelsachsen), der zum 1.1.2013 seinen Status verloren hat, sodass sechs Optionskommunen für 2012 ausgewiesen werden.

Die Optionskommunen unterscheiden sich von den „Normalfällen“ der Erbringung in Arbeitsgemeinschaften zwischen der Kommune und der Bundesagentur für Arbeit in zwei Positionen:

- Arbeitslosengeld II (§§ 19 ff. SGB II) sowie
- Leistungen zur Eingliederung von Arbeitssuchenden nach § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bis 4 SGB II (und nach § 16 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 und 6, Abs. 3 und Abs. 4 SGB II).

Diese Ausgaben werden von den Optionskommunen direkt gezahlt und damit als Ausgabe erfasst. Bei einer „normalen“ Erfüllung in Arbeitsgemeinschaften werden sie dagegen von der Bundesagentur für Arbeit getragen und berühren somit nicht den kommunalen Haushalt. Dazu kommen noch weitere Personal- und Sachkosten für die Verwaltung des SGB II. Insofern geht hier ein erhöhender Effekt der Ausgaben bei den Optionskommunen aus. Dies erklärt auch die enormen absoluten Unterschiede in den Bruttoausgaben je Einwohner, die im Bereich des SGB II erbracht werden.

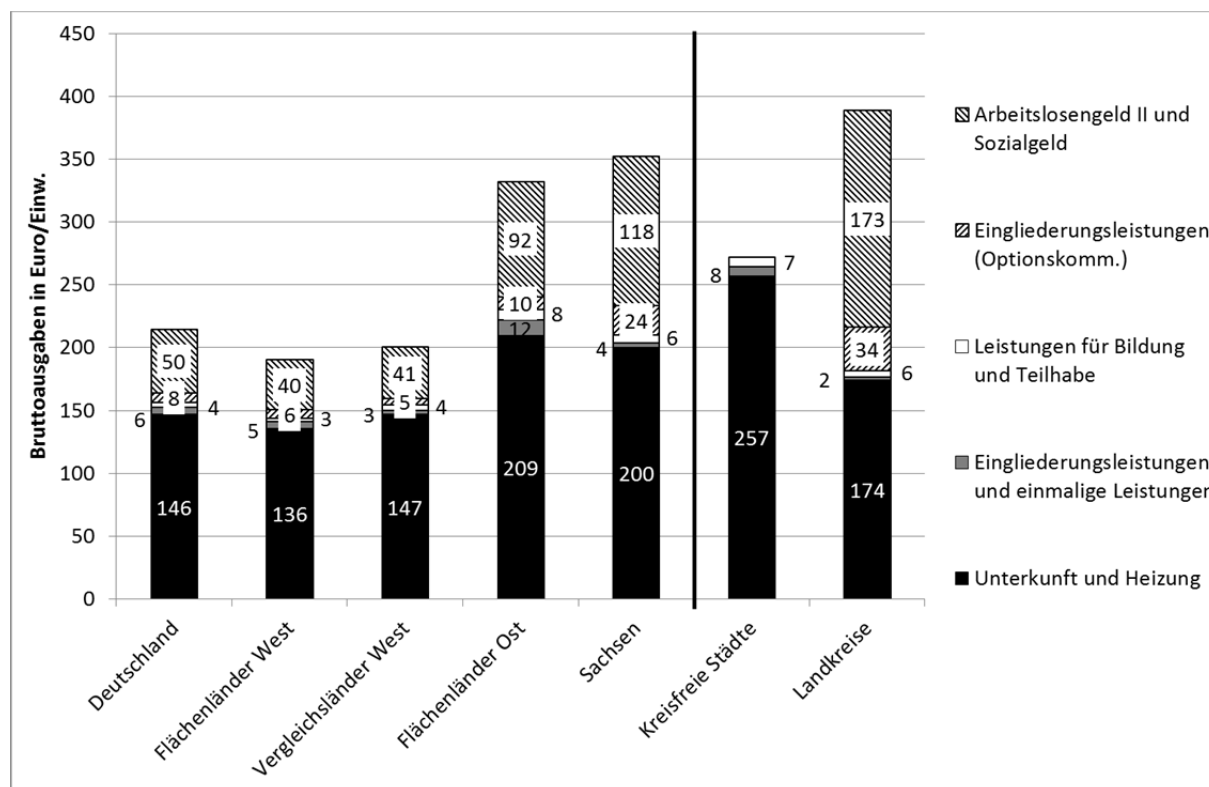
Wie die strukturelle Differenzierung in Abbildung 3 zeigt, sind in Sachsen und insbesondere in den sächsischen Landkreisen aufgrund der relativ hohen Zahl der Optionskommunen und deren Arbeitsmarktlage sehr hohe Zahlungen für Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld zu leisten, die in den ARGen von der Bundesagentur gezahlt und damit nicht in der kommunalen Kassenrechnung erfasst werden. Gleiches gilt für die Eingliederungsleistungen nach § 16 SGB II (hier macht die Sonderstellung der sächsischen Optionskommunen rund 34 Euro/Einw. aus). Bei den Ausgaben für Unterkunft und Heizung, die unabhängig vom Status bzw. Rechtsform der Trägerschaft erbracht werden müssen, liegen die sächsischen Kommunen etwa gleichauf mit denen in den übrigen ostdeutschen Flächenländern.¹⁰ In dieser Position zeigt sich am deutlichsten der Ost-West-Unterschied, der sich durch die ausgeprägtere strukturelle Arbeitslosigkeit erklärt. Im Dezember 2012 lag die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland mit 10,3 % deutlich höher als im Durchschnitt der westdeutschen Länder

9 Optionskommunen sind der Erzgebirgskreis sowie die Kreise Bautzen, Görlitz, Leipzig und Meißen, vgl. Anlage zur KomtrZV.

10 Leistungsausgaben ohne Verwaltungskosten.

(5,8 %).¹¹ In Sachsen betrug sie 9,4 %. Die Ausgaben für einmalige und Eingliederungsleistungen der Kommunen sowie für Leistungen für Bildung und Teilhabe sind dagegen fiskalisch von wesentlich geringerer Bedeutung.

Abbildung 3: Bruttoausgaben im Bereich des SGB II im Jahr 2012

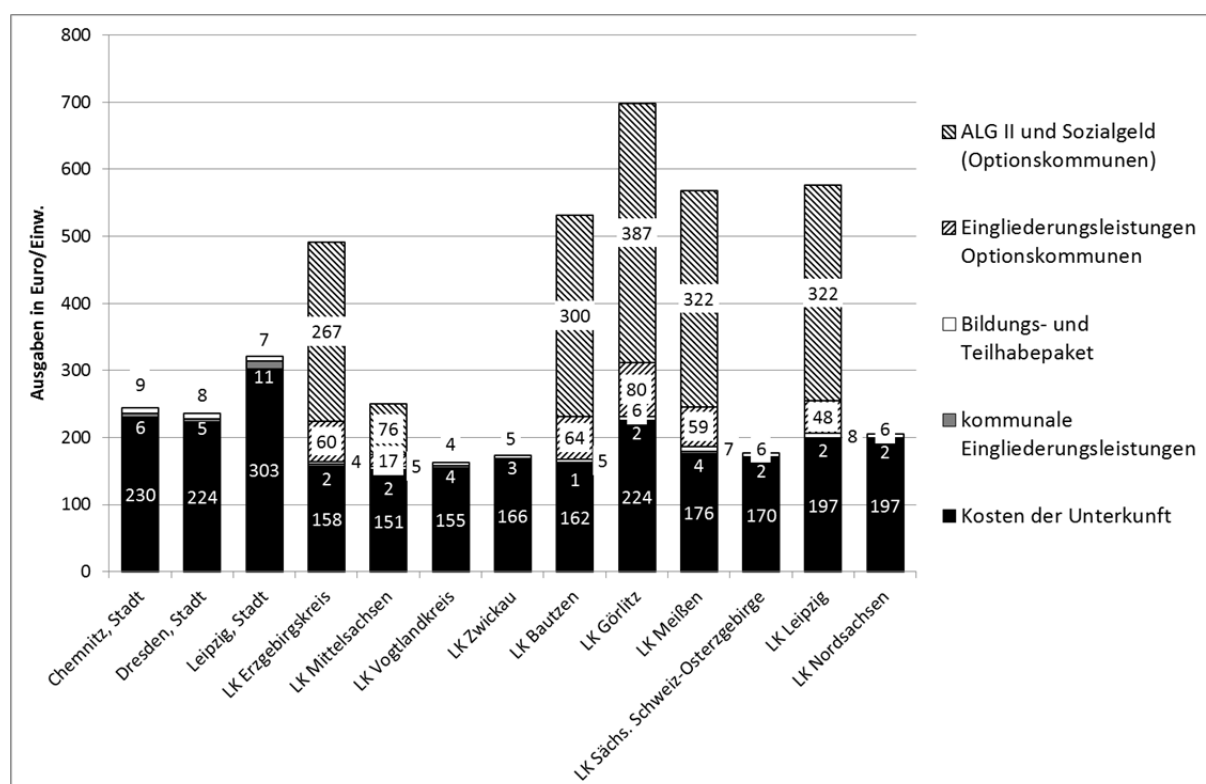


Quelle: Lenk/Hesse/Lück (2013), S. 90.

Bei einer weiteren Differenzierung innerhalb Sachsens zeigt sich die besondere Stellung der Optionskommunen abermals. Die Landkreise Görlitz und Leipzig erreichen die höchsten Bruttoausgaben in Sachsen (Abbildung 4). Aufgrund des Optionsstatus erhalten sie jedoch auch spezifische Leistungsbeteiligungen auf der Einnahmeseite, so dass sie effektiv nicht die höchsten Nettobelastungen aus der Erfüllung ihrer Aufgaben aus dem SGB II innerhalb Sachsens tragen. Des Weiteren sind Unterschiede zwischen den Kreisfreien Städten und den Landkreisen erkennbar. Leipzig, Dresden und Chemnitz weisen insgesamt höhere Bruttoausgaben auf als der kreisangehörige Raum. Im Abschnitt 4 werden die Ursachen näher untersucht – sie liegen sowohl in einer höheren Falldichte als auch in einer höheren Kostenintensität je Fall.

11 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2013), S. 4.

Abbildung 4: Bruttoausgaben im Bereich des SGB II im Jahr 2012 in Sachsen

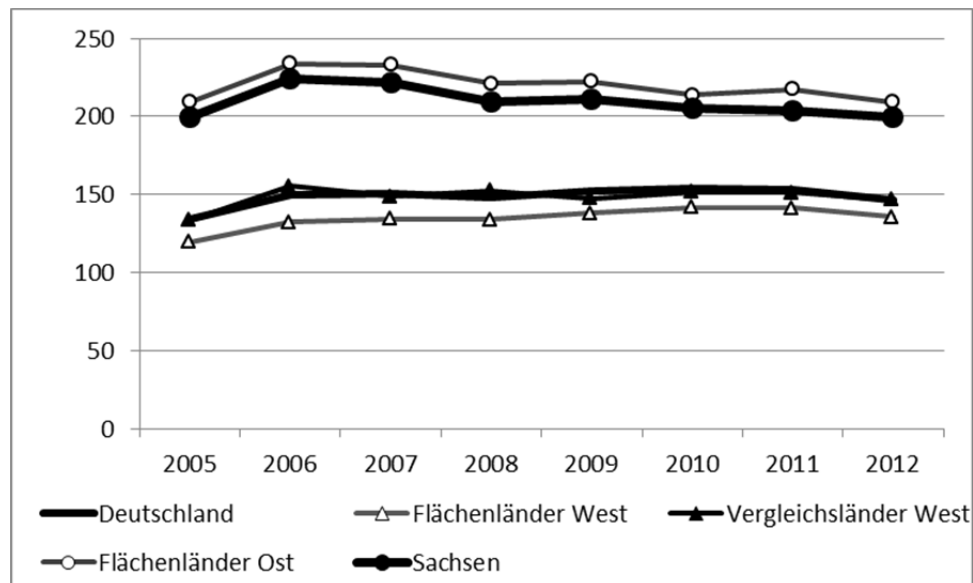


Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kas- senstatistik.

Für einen Vergleich „auf Augenhöhe“ können aufgrund des Optionsstatus nur diejenigen Ausgabeposten betrachtet werden, die für alle kommunalen Träger identisch sind. Dies sind die Leistungen für Unterkunft und Heizung (sog. „Kosten der Unterkunft“ oder „KdU“) sowie die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), die seit 2011 gewährt werden. Die kommunalen Eingliederungsleistungen (einschließlich der einmaligen Leistungen) sollen an dieser Stelle als originäre kommunale Aufgaben nicht tiefer betrachtet werden.

Die Entwicklung der Ausgaben für Unterkunft und Heizung verlief bundesweit seit ihrer Ein- führung und einem ersten Anstieg im Wesentlichen stabil. Lediglich in Ostdeutschland konn- te ein Rückgang um insgesamt rund 10 % festgestellt werden. In Sachsen machten die KdU zuletzt 200 Euro/Einw. aus, etwas weniger als in den übrigen ostdeutschen Kommunen (209 Euro/Einw.) aber deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt (146 Euro/Einw.).

Abbildung 5: Entwicklung der Ausgaben für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II in Euro/Einw. (ARGEn und Optionskommunen)

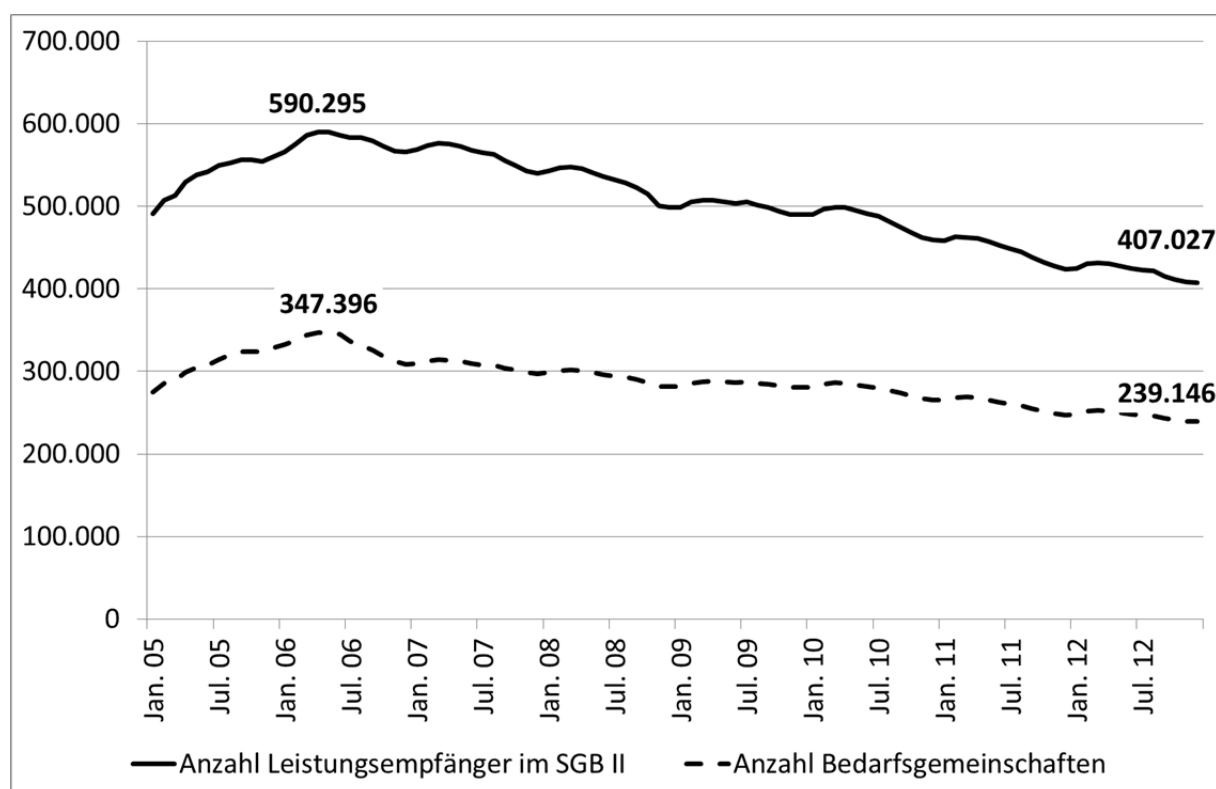


Quelle: Lenk/Hesse/Lück (2013), S. 90.

Trotz der Stagnation ist bemerkenswert, dass sich die Erwartung mittelfristig deutlich sinkender KdU-Ausgaben durch die Arbeitsmarktreformen bisher kaum erfüllt hat. Die insgesamt positive Arbeitsmarktentwicklung seit 2005 hatte zwar eine dämpfende, aber kaum eine spürbar senkende Wirkung auf die Ausgaben für Unterkunft und Heizung. Angesichts der wirtschaftlichen Daten wären größere Rückgänge zu erwarten gewesen. Ausgehend vom Höchststand Anfang des Jahres 2006, der auch aus einem ersten Wachstum der Leistungsbasis resultierte, ist der Umfang der strukturellen Langzeitarbeitslosigkeit in Sachsen deutlich rückläufig gewesen. Die für die Höhe der Kosten der Unterkunft maßgebliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist vom Höhepunkt 2006 ausgehend bis Ende 2012 um über 108.000 oder rund 31 % zurückgegangen (Abbildung 6). Die Zahl der Leistungsempfänger, die in den optierenden Kommunen zudem maßgeblich für die Höhe der ALG-II-Zahlungen ist, sank im gleichen Zeitraum um über 180.000 Personen oder ebenfalls 31 %. Die Ausgaben der sächsischen Kommunen für die KdU gingen zwischen 2006 und 2012 allerdings nur um 10,7 % zurück, was auf deutlich gestiegene Kosten je Bedarfsgemeinschaft hinweist. Die Kompensation des Kostensenkungspotenzials durch höhere Einzelkosten ist insofern besorgniserregend, als die Kommunen diese Ausgabenhöhe kaum durch eigenes Handeln steuern können. Sowohl das örtliche Mietniveau als auch die zuletzt stark gestiegenen Heizkosten entziehen sich dem unmittelbaren Einfluss der kommunalen Verwaltung und Politik.¹²

12 Vgl. Lenk/Hesse/Lück (2013), S. 90f.

Abbildung 6: Entwicklung der Rahmendaten im SGB II in Sachsen 2005-2012

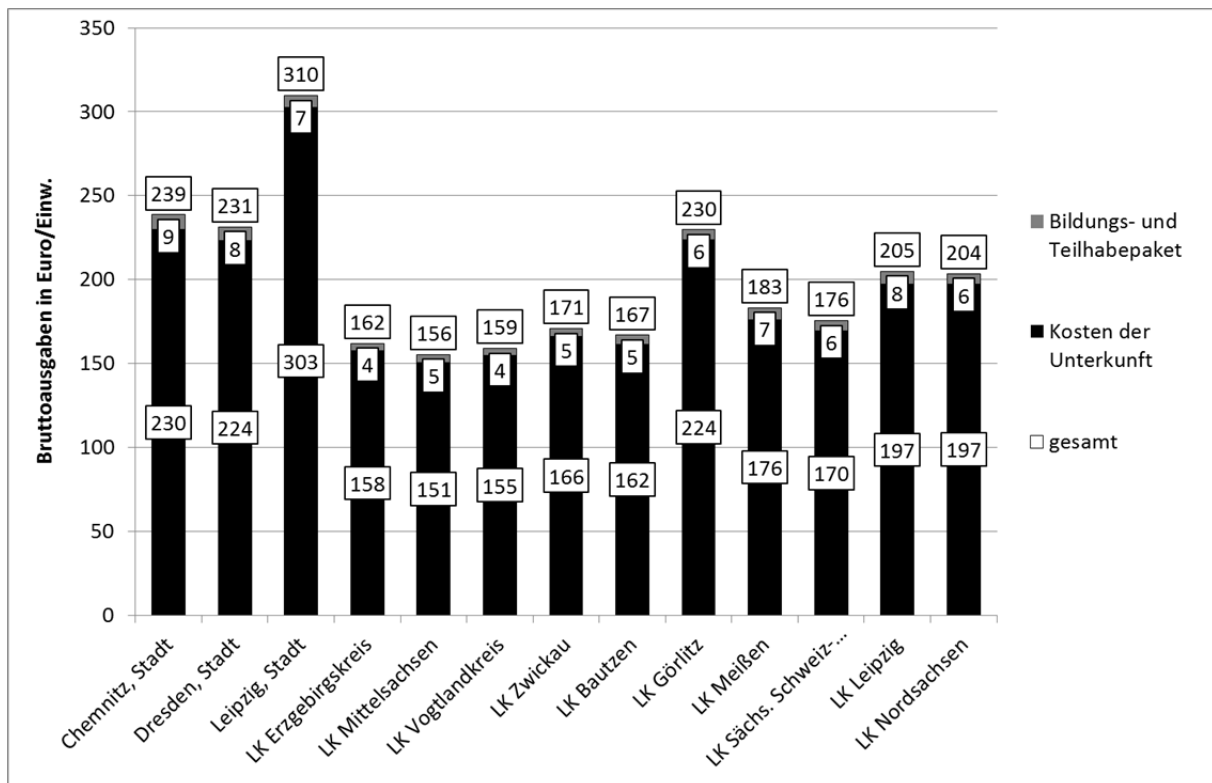


Quelle: Lenk/Hesse/Lück, S. 91.

Hinsichtlich der Kosten für Unterkunft und Heizung (einschließlich der Leistungen für Bildung und Teilhabe) sind deutliche Unterschiede zwischen den Kreisfreien Städten und den Landkreisen erkennbar. Hierfür ist zum einen das höhere Mietniveau als auch die Arbeitsmarktlage in den Städten ursächlich. Auf den Einfluss dieser beiden Kenngrößen – Fallkosten und Falldichte – wird im Abschnitt 4 näher eingegangen. In Leipzig lagen die Bruttoausgaben 2012 mit 310 Euro/Einw. oder rund 159 Mio. Euro sachsenweit an der „Spitze“. In Chemnitz mussten 239 Euro/Einw., in Dresden 231 Euro/Einw. (= 120 Mio. Euro) brutto aufgewendet werden. Die Daten für die Landkreise liegen deutlich darunter – lediglich Görlitz sticht mit rund 230 Euro/Einw. heraus. Die geringsten Ausgaben für die Kosten der Unterkunft wiesen im Jahr 2012 die Landkreise Mittelsachsen und der Vogtlandkreis auf.

Die absoluten Ausgaben in Euro sowie die Ausgaben je Einwohner und je Bedarfsgemeinschaft für die Jahre 2005-2012 finden sich in Tabelle 4 und Tabelle 5 im Tabellenanhang.

Abbildung 7: Bruttoausgaben für KdU und BuT 2012 in Euro/Einw.



Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kas-
senstatistik.

4 Ursachen der Kostenunterschiede

Um der Frage nach der Ursache für die unterschiedlichen Pro-Kopf-Bruttoausgaben für KdU nachzugehen, können sie in zwei Komponenten zerlegt werden: Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften je 1.000 Einwohner sowie die Kosten je Bedarfsgemeinschaft. Damit kann zum einen die **Falldichte** und zum anderen die **Kostenintensität** gemessen werden.¹³ Ziel dieser Kostenvarianzanalyse ist die Bestimmung des externen Regulierungsgrades einer Aufgabe.¹⁴ Die vor Ort entstehenden Ausgabenunterschiede sollen daraufhin untersucht werden, ob sie durch die kommunalen Leistungsträger selbst steuerbar sind. Durch gesetzliche Vorgaben eng geregelt ist der Zugang zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (§ 7 SGB II). Hier hat die Kommune selbst keinen Einfluss. Gemäß § 22 SGB II werden die Bedarfe für Unterkunft und Heizung „in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt, soweit diese

13 Die Ausprägungen dieser beiden Größen können die Gesamtvarianz nicht notwendigerweise vollständig erklären, sie liefern aber angesichts der gesetzlichen Regelungen des SGB II eine sachgerechte Näherung.

14 Dies ist ein regelmäßig genutztes Verfahren, beispielhaft in Junkernheinrich/Boettcher/Brand/Holler (2012), S. 96.

angemessen sind.“ Die Angemessenheitsprüfung erfolgt durch die Kommune, weshalb hier Einflusseffekte zu vermuten sind.

Hierbei wird sichtbar, dass die Stadt Leipzig zwar die höchste Falldichte im gesamten Freistaat mit rund 86 Bedarfsgemeinschaften je 1.000 Einwohner aufweist.¹⁵ Mit einigem Abstand liegen der Landkreis Görlitz (72), die Kreisfreie Stadt Chemnitz (68) sowie der Landkreis Nordsachsen (64) dahinter. Die Landeshauptstadt Dresden liegt im sächsischen Durchschnitt von 61 Bedarfsgemeinschaften je 1.000 Einwohner. Die übrigen acht Landkreise liegen unterhalb des Durchschnittswertes. Die geringste Leistungsdichte lag 2012 im Landkreis Mittelsachsen vor.

Bezogen auf die Kosten je Bedarfsgemeinschaft lag Dresden 2012 mit 3.812 Euro deutlich über dem sächsischen Durchschnitt von 3.380 Euro. In Chemnitz lag das Ausgabenniveau rund 300 Euro je Bedarfsgemeinschaft und Jahr darunter, Leipzig liegt etwas darüber. In den Landkreisen sind insgesamt geringere Kostenintensitäten auszumachen, was sich insbesondere auf geringere Mieten zurückführen lässt. Im kreisangehörigen Raum ist die Kostenintensität im Landkreis Leipzig am höchsten (3.500 Euro je Bedarfsgemeinschaft), im Vogtlandkreis mit 3.073 am niedrigsten.

Tabelle 1: Falldichte und Kostenintensität im Bereich der KdU und BuT 2012

	Leistungsdichte	Kostenintensität
	Bg je 1.000 EW	Kosten je BG brutto
	2012	2012
	Dichte	Euro
Chemnitz, Stadt	68	3.513
Dresden, Stadt	61	3.812
Leipzig, Stadt	86	3.599
LK Erzgebirgskreis	52	3.129
LK Mittelsachsen	50	3.141
LK Vogtlandkreis	52	3.073
LK Zwickau	53	3.238
LK Bautzen	54	3.073
LK Görlitz	72	3.189
LK Meißen	56	3.268
LK Sächs. Schweiz-Osterzgeb.	52	3.407
LK Leipzig	59	3.500
LK Nordsachsen	64	3.185
Sachsen	61	3.380

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kas-
senstatistik.

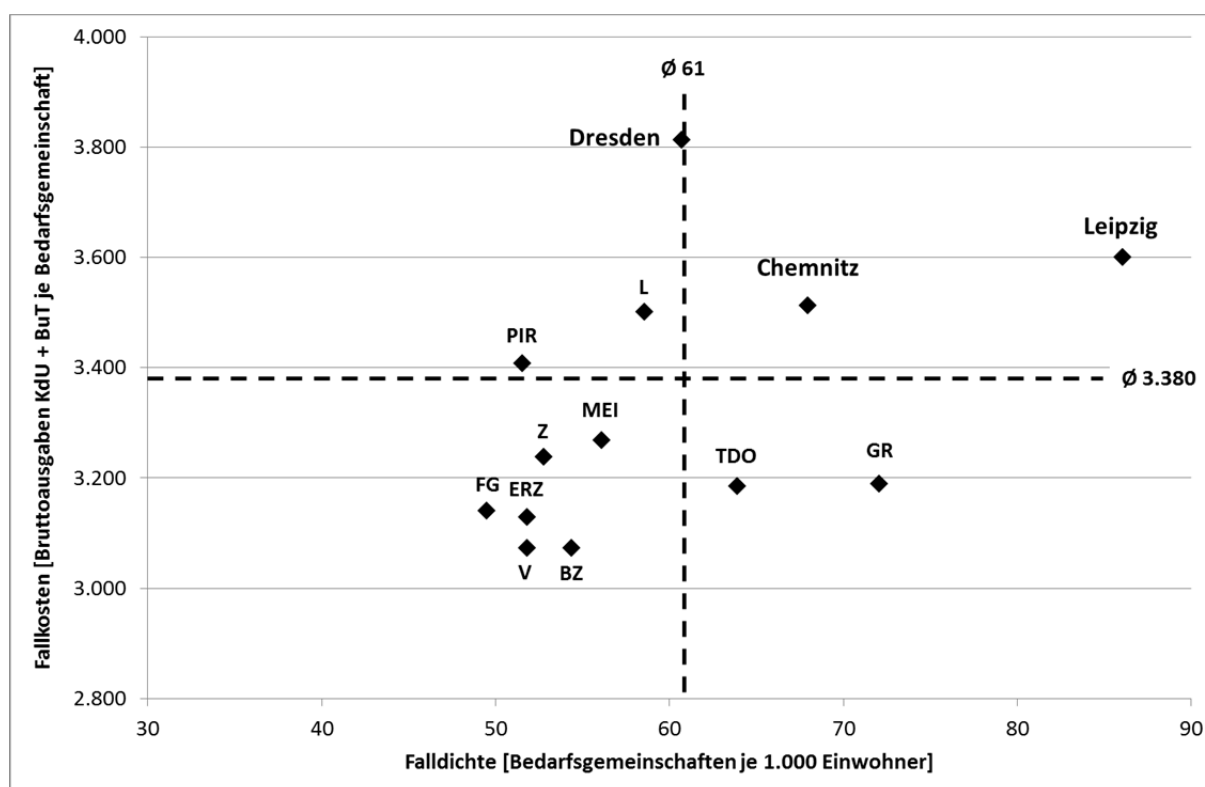
Deutlicher werden die Ergebnisse, wenn sie auf die jeweiligen Durchschnitte bezogen werden. Daraus lässt sich ablesen, wie umfangreich die Schwankungen sind und wo daher die

¹⁵ Einwohnerzahlen zum 30.06.2012, zensusbereinigt.

Ursachen für die Belastungsunterschiede zu suchen sind. Bezogen auf die Kostenintensität je Fall ist eine deutliche Divergenz zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen festzustellen, die sich auf ein unterschiedliches Mietniveau zurückführen lässt. Die Unterschiede innerhalb der beiden Teilgruppen sind hingegen weniger ausgeprägt. Bei diesem Leistungsbestandteil, auf den die Träger der KdU potenziell einen Einfluss ausüben können, zeigen sich demnach kaum Ansatzpunkte für eine übermäßig großzügige Leistungsgewährung.

Deutliche Unterschiede innerhalb der Gruppen zeigen sich dagegen bezogen auf die Falldichte, also die Zahl der Bedarfsgemeinschaften je 1.000 Einwohner. Leipzig liegt hier deutlich vor den beiden anderen kreisfreien Städten, ebenso die beiden Landkreise Görlitz und Nordsachsen innerhalb ihrer Gruppe. Diesen Bestandteil ist allerdings außerhalb der kommunalen Einflussphäre. Die Leistungsträger können nicht bestimmen, wer gemäß SGB II leistungsberechtigt ist.

Abbildung 8: Falldichte und Kostenintensität der KdU und BuT 2012 in Sachsen¹⁶



Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kas-
senstatistik, Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Insgesamt entfalten die Varianzen in der Falldichte einen deutlich größeren Einfluss auf das Gesamtergebnis als die Varianzen in den Fallkosten. Die Bruttoausgaben je Bedarfsgemein-

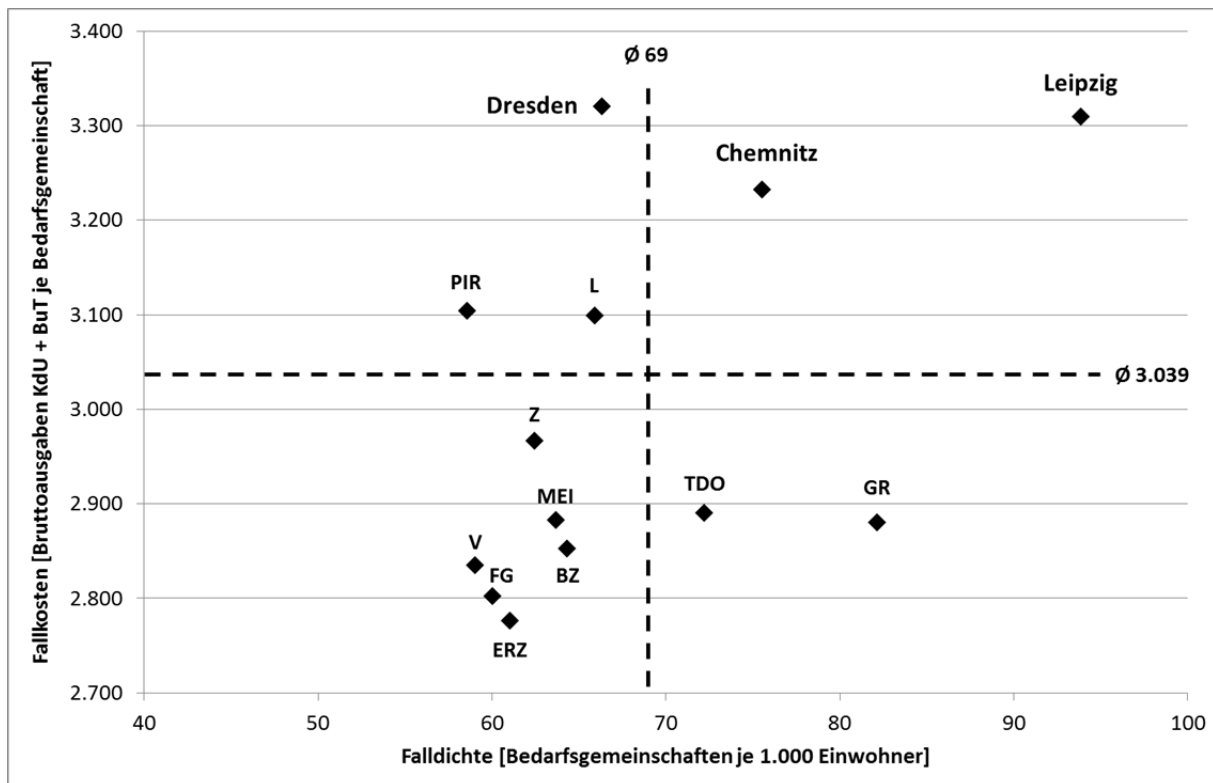
¹⁶ ERZ=LK Erzgebirgskreis, FG=LK Mittelsachsen, V=LK Vogtlandkreis, Z=LK Zwickau, BZ=LK Bautzen, GR=LK Görlitz, MEI=LK Meißen, PIR=LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge, L=LK Leipzig, TDO=LK Nordsachsen.

schaft weisen einen Variationskoeffizienten (empirische Standardabweichung geteilt durch Mittelwert) von 7 % auf, wohingegen der Variationskoeffizient bei den Bedarfsgemeinschaften je 1.000 Einwohner mit 17 % mehr als doppelt so hoch liegt.

Höhere Gesamtkosten lassen sich demnach im Wesentlichen auf höhere Fallzahlen zurückführen, die sich nicht durch das Handeln der Stadt steuern lassen. Überdurchschnittlichen Kosten für die Leistungen nach dem SGB II sind dem gegenüber nur zu einem sehr geringen Teil selbst verursacht. Am ehesten würde dieser Befund auf Dresden zutreffen. Aber auch in der Landeshauptstadt kann die städtische Verwaltung nur in engen Grenzen Einfluss auf das durchschnittliche Mietniveau der Bedarfsgemeinschaften nehmen.

Diese Befunde zeigen sich auch bei einem langfristigen Vergleich im Zeitraum 2005-2012. Die Kreisfreien Städte weisen höhere Kostenintensitäten auf als die Landkreise, während die Falldichten in Leipzig und im Landkreis Görlitz durchgehend deutlich überdurchschnittlich waren. Dem gegenüber führten im Landkreis Mittelsachsen, im Erzgebirgskreis sowie im Vogtlandkreis Kombinationen aus niedrigen Falldichten und geringen Fallkosten zu insgesamt geringen Bruttoausgaben für die Aufgabenerfüllung. In der Mehrjahresbetrachtung liegt der Variationskoeffizient als Maßzahl für die Streuung für die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit 14 % mehr als doppelt so hoch wie der Variationskoeffizient für die Ausgaben je Bedarfsgemeinschaft (6 %). Die Einzeldaten für die Jahre 2005-2012 befinden sich in Tabelle 6 und Tabelle 7 im Anhang.

Abbildung 9: Falldichte und Kostenintensität der KdU und BuT 2005-2012 in Sachsen¹⁷



Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik, Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Die Positionierung der einzelnen Kreisfreien Städte und Landkreise hinsichtlich ihrer gesamthaften Bruttobelastung lässt sich demnach zu einem großen Teil auf die Sozialstruktur (= Falldichte) zurückführen.

¹⁷ ERZ=LK Erzgebirgskreis, FG=LK Mittelsachsen, V=LK Vogtlandkreis, Z=LK Zwickau, BZ=LK Bautzen, GR=LK Görlitz, MEI=LK Meißen, PIR=LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge, L=LK Leipzig, TDO=LK Nordsachsen.

5 Finanzierung der Lasten aus dem SGB II

Die sächsischen Kommunen (Landkreise, kreisfreie Städte) finanzieren einen Teil ihrer Bruttolasten aus den Kosten der Unterkunft durch einen Bundesanteil (§ 46 Abs. 5 SGB II) sowie durch Zuweisungen des Landes. Die Zuweisungen des Landes speisen sich aus den so genannten „Hartz-IV-SoBEZ“ gemäß § 11 Abs. 3a FAG¹⁸ und werden gemäß § 18 SächsAGSGB auf die kommunalen Träger verteilt. Dazu kommen Mittel aus der Wohngeldweiterleitung. Der verbleibende Teil der finanziellen Belastung muss von den Kommunen aus allgemeinen Deckungsmitteln (Steuereinnahmen und allgemeine Zuweisungen) finanziert werden.

Die wichtigste Einzelposition für alle kommunalen Leistungsträger nach SGB II ist die Bundesbeteiligung. Der Bund beteiligte sich seit 2005 in unterschiedlichem Ausmaß an den Gesamtausgaben. Bis 2010 erfolgte die Beteiligung ausschließlich an den Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU), die zwischen 2007 und 2010 rückläufig war. Ab 2011 wurde die Basisbeteiligung des Bundes an den KdU um 1,5 Prozentpunkte auf 24,5 % angehoben, die auch bis 2014 gültig sein wird. Des Weiteren wurde die Quote für Warmwasserkosten, die Verwaltungskosten für Bildung und Teilhabe sowie *befristet* für Zuschüsse für Mittagessen im Hort und Schulsozialarbeiter um insgesamt 5,9 Prozentpunkte auf 30,4 % erhöht (§ 46 Abs. 5 SGB II). Ab 2014 entfällt der befristete Anteil und der Aufschlag auf den KdU-Beteiligungssatz sinkt auf 3,1 Prozentpunkte. Zusätzlich erhöht sich die Quote seit 2011 um zusätzliche Prozentpunkte für die Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT), für die sich der Bund zu einem vollständigen finanziellen Ausgleich verpflichtet hat. Gemäß § 6 Abs. 6 SGB II wird diese Kompensation über einen Aufschlag bei der KdU-Beteiligung umgesetzt, der zunächst 5,4 Prozentpunkte betrug.¹⁹ Da im Gesetzgebungsverfahren 2011 der Umfang der Inanspruchnahme der Leistungen noch unbekannt war, wurde dieser Wert als vorläufig festgesetzt. Seit 2013 findet jährlich eine Überprüfung und Anpassung statt, welche im Ergebnis für das laufende Jahr 2013 eine rückwirkende Absenkung auf bundesdurchschnittlich 3,3 % zum Ergebnis hatte.²⁰ Diese Absenkung auf rund 60 % des bisher angesetzten Umfangs entspricht exakt der etwa 60 %-igen Inanspruchnahme der prognostizierten Bildungs- und Teilhabeleistungen im Jahr 2012 (bundesweit 433,4 Mio. Euro von 717,7 Mio. Euro). Da große Unterschiede zwischen den Ländern im Umfang des Mittelabrufs bestanden (zwischen 35,9 % in Berlin und 110 % in Bremen)²¹ und demzufolge auch eine große Spannweite der

18 Die Mittel werden durch einen Vorwegabzug bei der Umsatzsteuerverteilung generiert. Daher zahlt der Freistaat Sachsen netto einen Teil dieser SoBEZ selbst. Er leitet demzufolge den Betrag lediglich zu 84,01 % an die Kommunen weiter, vgl. § 18 Abs. 1 SächsAGSGB.

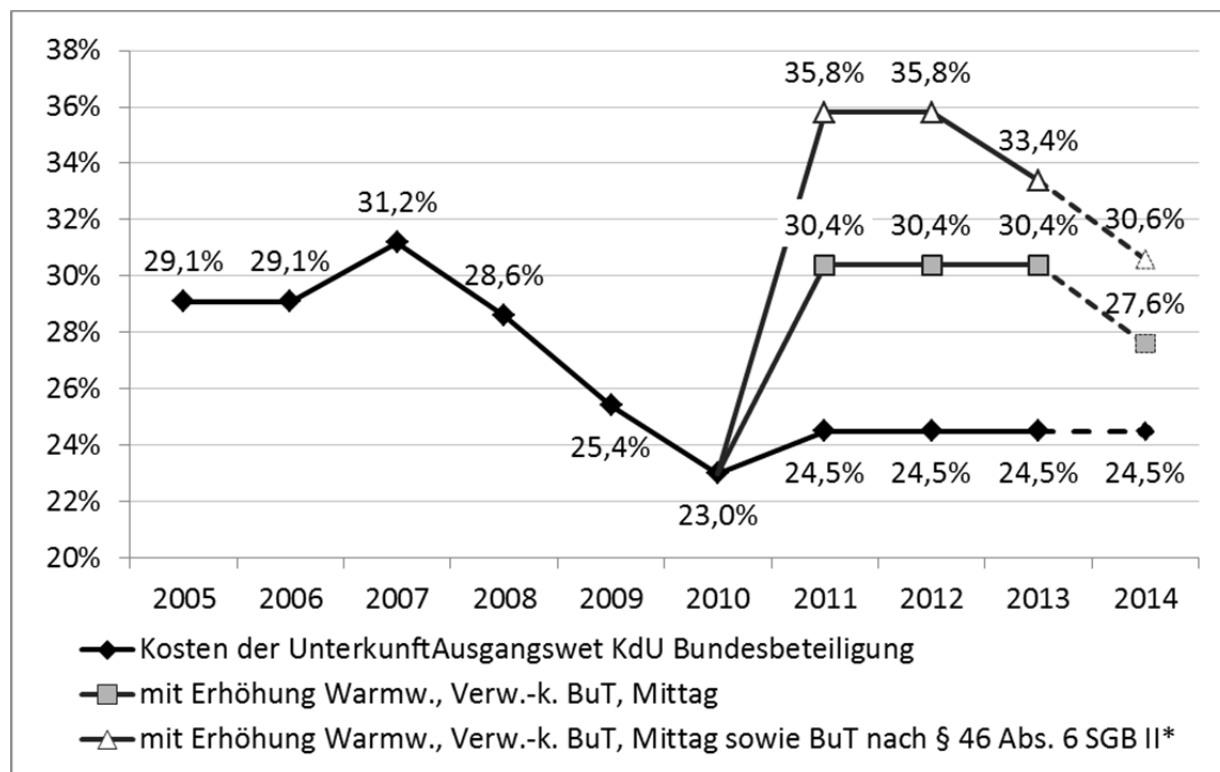
19 Vgl. Lenk/Hesse/Lück (2013), S. 95.

20 Vgl. Bundesrat (2013). Eine rückwirkende Anpassung für 2012 wurde dagegen vom Bundesrat abgelehnt.

21 Die Daten konnten nicht aus der amtlichen Statistik entnommen werden, sondern mussten per Abfrage vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) erhoben werden; vgl. BMAS (2013).

Korrektursätze erforderlich schien (zwischen 1,9 % und 5,9 %), wurden auf einvernehmlichen Wunsch der Länder differenzierte länderspezifische Werte angesetzt.²² Somit hat ab 2013 jedes Land einen abweichenden Aufschlag für die Leistungen für Bildung und Teilhabe. Für die Kommunen in Sachsen ergibt sich damit 2013 eine gesamthafte Bundesbeteiligung von 33,4 %, 2014 sinkt sie auf 30,6 %.

Abbildung 10: Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft 2005-2014



* 2013 und 2014 länderspezifische Werte für den Freistaat Sachsen

Quelle: Lenk/Hesse/Lück (2013), S. 94.

Neben der Bundesbeteiligung wird den kommunalen Trägern in Sachsen aus dem Staatshaushalt gemäß § 18 SächsAGSGB ein Sonderlastenausgleich für die Lasten der strukturellen Arbeitslosigkeit gewährt. Dieser besteht aus den Mitteln, die der Freistaat aus § 11 Abs. 3a FAG aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich erhält (sog. „Hartz-IV-SoBEZ“) (§ 18 Abs. 1 SächsAGSGB)²³ sowie den eingesparten Mitteln des Freistaates infolge der Neuregelung des Wohngeldgesetzes (§ 18 Abs. 2 SächsAGSGB).²⁴ Abschnitt 7 setzt sich vertieft mit dem genutzten Verteilungsschlüssel auseinander.

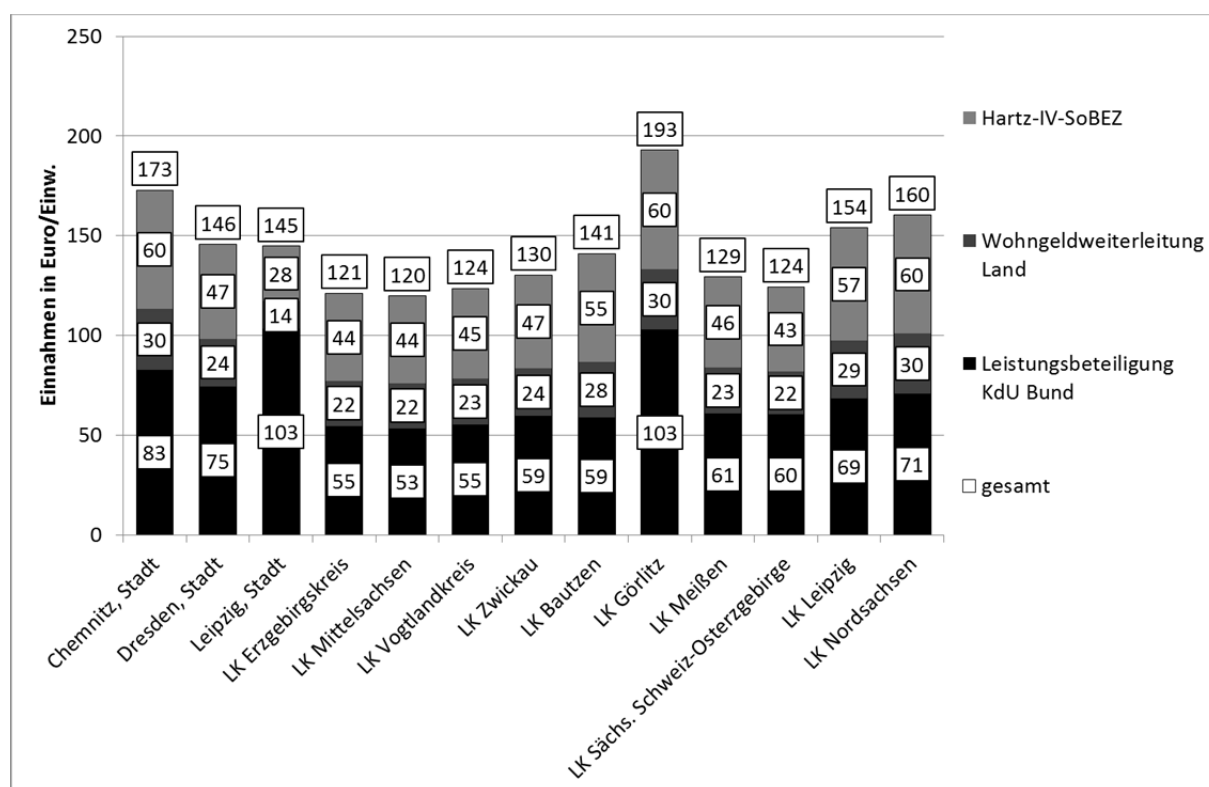
²² Vgl. Bundesrat (2013), S. 9.

²³ Von den Hartz-IV-SoBEZ werden lediglich 84,01 % an die Kommunen weiter gegeben, da die Mittel aus einem Vorwegabzug bei der Umsatzsteuerverteilung der Länder stammen und der Freistaat damit einen Teil der Zuweisungen netto selbst finanziert.

²⁴ <http://www.revosax.sachsen.de/Details.do?sid=8131315074051>.

Für 2012 ergibt sich aus der Summe dieser Bestandteile das in der nachfolgenden Abbildung 11 dargestellte Bild. In Leipzig und Görlitz liegen die Einnahmen aus der quotalen Bundesbeteiligung infolge der hohen Gesamtausgaben an der Spitze. Im Bereich des Sonderlastenausgleichs des Landes, der sich aus der Wohngeldweiterleitung und den Mitteln aus den „Hartz-IV-SoBEZ“ aus dem Bundesstaatlichen Finanzausgleich zusammensetzt, ist die Verteilung jedoch deutlich abweichend von den Bruttoausgaben. Görlitz und Chemnitz erhalten die höchsten Zuweisungen aus dieser Quelle. Auch die Landkreise Nordsachsen, Leipzig und Bautzen erhalten überdurchschnittlich hohe Zuweisungen vom Land. Insgesamt sind im kreisangehörigen Raum die Mittel in etwa wie die Bruttoausgaben verteilt. Eine Sonderstellung hat die Stadt Leipzig inne. Sie erhält lediglich 42 Euro/Einw. aus den Landeszuweisungen. Letztlich erreichen Leipzig und Dresden bei einer sehr unterschiedlichen Lage der Bruttoausgaben ein identisches Einnahmenniveau aus SGB-II-bezogenen Zuweisungen von Bund und Land.

Abbildung 11: Leistungsbeteiligung des Bundes und des Landes an den Ausgaben für KdU und BuT



Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Die absoluten Ausgaben in Euro sowie die Ausgaben je Einwohner und je Bedarfsgemeinschaft für die Jahre 2005-2012 finden sich in Tabelle 8 bis Tabelle 13 im Tabellenanhang.

6 Nettobelastungen aus dem SGB II

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ist-Ausgaben für die Leistungen nach dem SGB II den genannten Erstattungen und Zuweisungen von Bund und dem Freistaat im Jahr 2012 gegenüber gestellt. Bei der Betrachtung der Absolutwerte fällt auf, dass Leipzig mit fast 160 Mio. Euro die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben aufweist, mit 21,3 Mio. Euro allerdings moderate Zuweisungen vom Freistaat für diese Aufgabe erhält. In der Folge verbleibt dort eine aus allgemeinen Deckungsmitteln zu finanzierende Nettobelastung in Höhe von 84,6 Mio. Euro, die fast doppelt so hoch ist wie der Wert der Landeshauptstadt Dresden. Damit trägt Leipzig allein fast ein Drittel aller SGB-II-Nettolasten im gesamten Freistaat Sachsen. Insgesamt entfällt auf die drei Kreisfreien Städte ein Anteil von 56 % der gesamthaften Nettobelastung. Die zweithöchsten Nettobelastungen trägt mit rund 44,5 Mio. Euro die Landeshauptstadt Dresden. Obwohl die Landkreise für insgesamt rund 63 % der Bedarfsgemeinschaften verantwortlich sind, tragen sie nur 44 % der Nettolasten. Im kreisangehörigen Raum liegen die Nettolasten in den Landkreisen Zwickau und Meißen mit jeweils 13,2 Mio. Euro am höchsten, im Vogtlandkreis mit 8,4 Mio. Euro am niedrigsten.

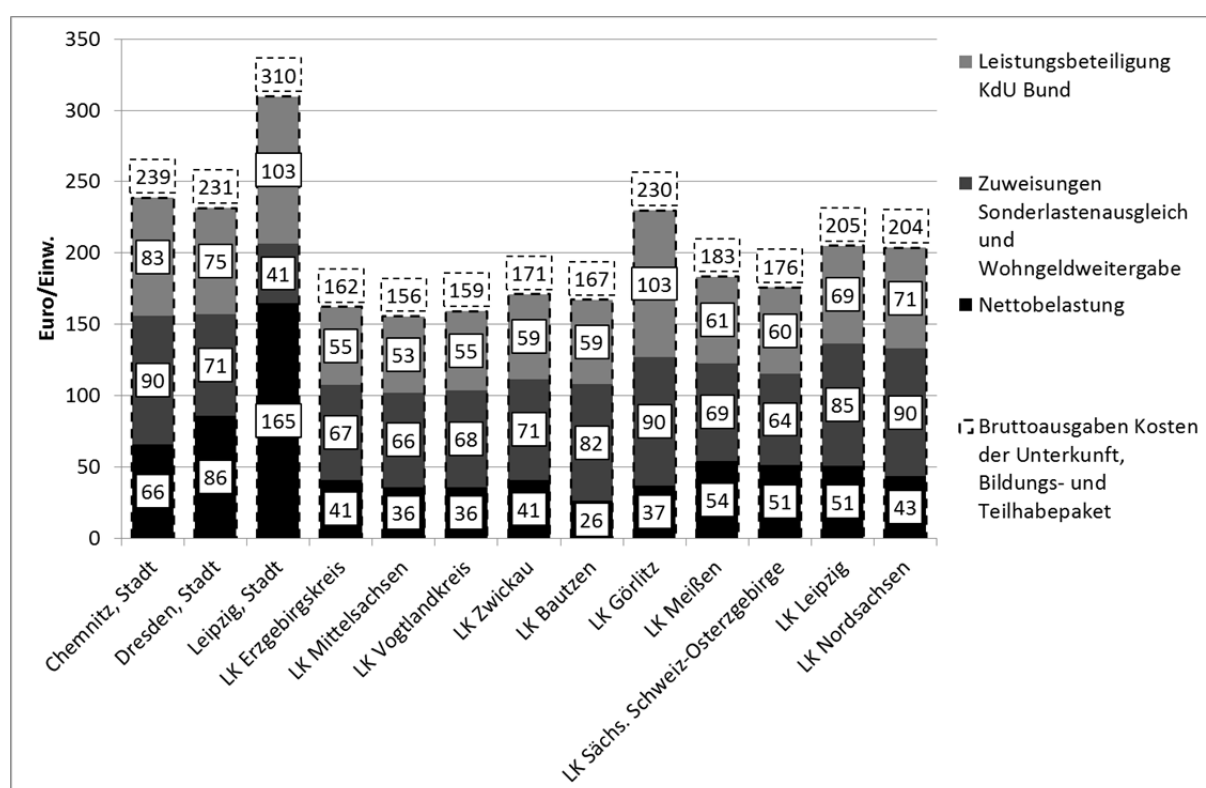
Tabelle 2: Bruttoausgaben, Bundes- und Landeszuweisungen sowie Nettobelastung aus dem KdU und BuT-Leistungen 2012 in Euro

Euro	Bruttoausgaben SGB II in EUR für 2012	Bundesbeteiligung in EUR für 2012	Hartz-IV-Sonderlastenausgleich vom Land 2012	Nettobelastung im Status quo
Chemnitz, Stadt	57.308.862	19.901.933	21.612.006	15.794.923
Dresden, Stadt	120.189.894	38.690.431	36.967.824	44.531.639
Leipzig, Stadt	158.947.864	53.039.411	21.283.652	84.624.801
LK Erzgebirgskreis	57.892.973	19.523.155	23.762.133	14.607.685
LK Mittelsachsen	49.533.930	17.031.114	21.150.422	11.352.394
LK Vogtlandkreis	37.780.516	13.154.810	16.195.164	8.430.542
LK Zwickau	56.691.338	19.729.543	23.476.010	13.485.785
LK Bautzen	52.152.155	18.412.872	25.630.726	8.108.557
LK Görlitz	61.148.370	27.359.313	23.952.840	9.836.217
LK Meißen	44.992.981	14.893.268	16.862.131	13.237.582
LK Sächs. Schweiz-Osterzgeb	43.187.231	14.830.489	15.766.349	12.590.393
LK Leipzig	53.283.769	17.826.474	22.219.213	13.238.082
LK Nordsachsen	40.594.152	14.095.093	17.890.777	8.608.282
Sachsen	833.704.035	288.487.906	286.769.247	258.446.882

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Belastbarer wird der Vergleich auf Basis von einwohnerbasierten (Pro-Kopf-)Größen.²⁵ Hierbei werden die effektiven Belastungswirkungen deutlich. Leipzig liegt mit Bruttoausgaben in Höhe von 310 Euro je Einwohner mit Abstand „vorn“. Es folgen mit deutlichem Abstand Chemnitz, Dresden und der Landkreis Görlitz. Pro Kopf erhalten neben der kreisfreien Stadt Chemnitz die Landkreise Görlitz und Nordsachsen das höchste Zuweisungsvolumen vom Freistaat. Der Landkreis Leipzig folgt mit geringem Abstand. Des Weiteren ist ein breites „Mittelfeld“ mit Zuweisungen zwischen 64 Euro/Einw. und 71 Euro/Einw. auszumachen. Mit deutlichem Abstand erhält die Stadt Leipzig mit 41 Euro/Einw. die geringsten Zuweisungen vom Land.

Abbildung 12: Nettobelastungen aus dem SGB II (KdU und BuT) 2012 in Euro/Einw.



Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Die verbleibende Nettobelastung, die aus allgemeinen Deckungsmitteln (Steuereinnahmen und allgemeine Zuweisungen) zu finanzieren ist und damit anderen Verwendungsmöglichkeiten entzogen wird, beläuft sich bei den Landkreisen zwischen 26 und 41 Euro je Einwohner (durchschnittlich 46 Euro/Einw.). Für die kreisfreien Städte Dresden und Chemnitz verbleiben höhere Nettobelastungen in Höhe von 86 bzw. 66 Euro je Einwohner. Eine Sonderstellung hat die Stadt Leipzig. Aufgrund der deutlich niedrigeren Landeszuweisung verbleibt eine Net-

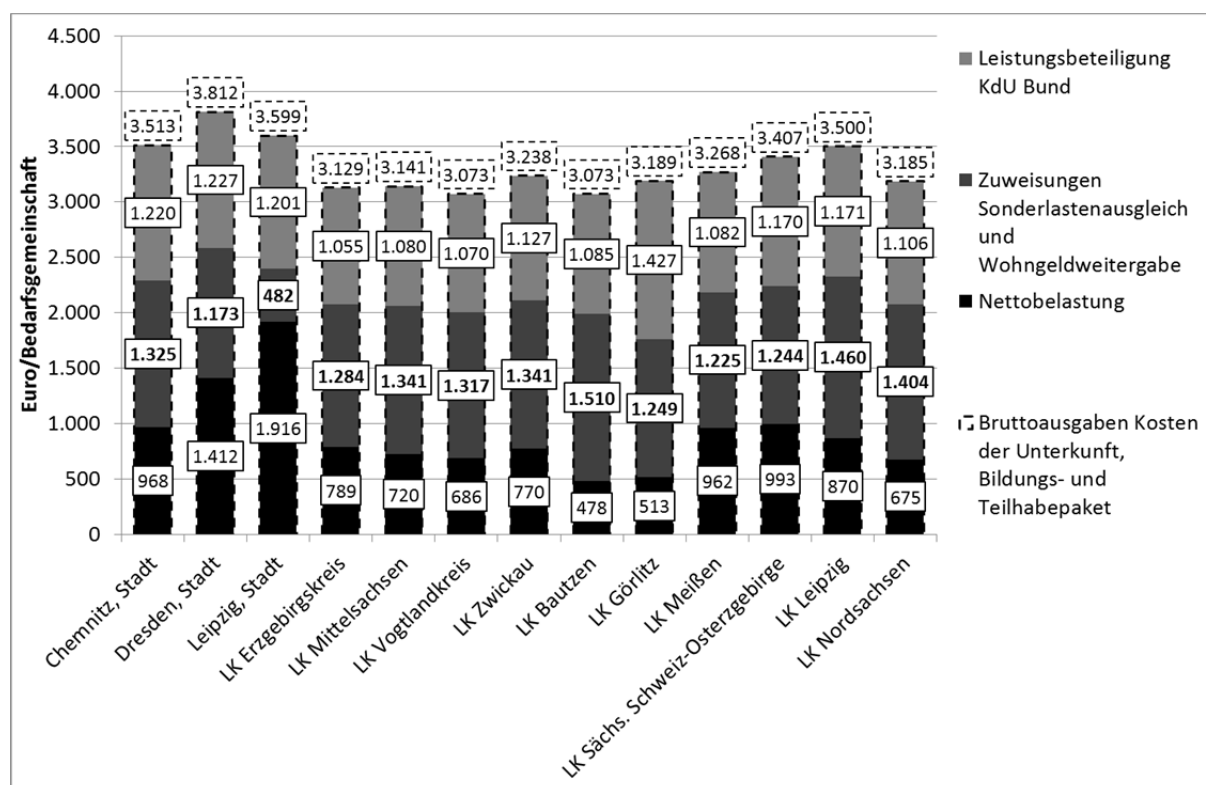
25 Einwohnerzahl vom 30.06.2012, zensusbereinigt.

tobelastung in Höhe von 165 Euro je Einwohner, die mehr als doppelt so hoch ist, wie derjenige der beiden anderen Kreisfreien Städte.

Werden die Landeszuweisungen auf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften bezogen, so ergibt sich für die Landkreise ein recht homogenes Bild.²⁶ Je Bedarfsgemeinschaft erhielten die Träger der KdU im Jahr 2012 zwischen 1.225 und 1.510 Euro vom Freistaat. In Dresden und Chemnitz liegen die Zahlungen mit 1.173 bzw. 1.352 Euro je Bedarfsgemeinschaft etwas außerhalb dieses Korridors. Die Stadt Leipzig erhält dagegen 482 Euro je Bedarfsgemeinschaft als Zuweisung vom Freistaat.

Je Bedarfsgemeinschaft muss die Stadt Leipzig demnach rund 1.900 Euro aus allgemeinen Deckungsmitteln zuschießen. In Dresden sind es 1.412 Euro, in Chemnitz 968 Euro. In den Landkreisen verbleiben zwischen 478 Euro (Landkreis Bautzen) und 993 Euro je Bedarfsgemeinschaft (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) als Nettobelastung. Der Durchschnitt der Landkreise liegt bei 746 Euro je Bedarfsgemeinschaft, der sächsische Durchschnitt bei 1.048 Euro je Bedarfsgemeinschaft.

Abbildung 13: Nettobelastungen aus den KdU und BuT 2012 in Euro je Bedarfsgemeinschaft



Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kas-
senstatistik.

Die Tabellen im Tabellenanhang zeigen, dass dies kein einmaliges Ergebnis des Jahres 2012 ist, sondern strukturell im gesamten Zeitraum 2005-2012 charakteristisch ist. Die absoluten Ausgaben in Euro sowie die Ausgaben je Einwohner und je Bedarfsgemeinschaft für die Jahre 2005-2012 finden sich in Tabelle 14 und Tabelle 15 im Tabellenanhang.

7 Verteilungsverfahren des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs in Sachsen

Die gezeigten Nettobelastungen der kommunalen Träger unterscheiden sich zum Teil deutlich von den Bruttoausgaben. Die Ausstattung mit Zuweisungen nach dem Hartz-IV-Sonderlastenausgleich des Freistaates stützt sich offensichtlich nur zum Teil auf die aktuell vorhandenen Sozialstrukturen, was sich insbesondere am Fall der Stadt Leipzig zeigt. Das Verteilungsverfahren des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs in Sachsen soll daher genauer untersucht werden.

Die Mittel aus den Hartz-IV-SoBEZ und dem eingesparten Wohngeld werden in Sachsen gesamthaft nach einem Schlüssel auf die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Landkreise und Kreisfreie Städte) verteilt. Der Schlüssel orientiert sich gemäß § 18 Abs. 3ff. SächsAGSGB an der eingetretenen Nettobelastung, die sie infolge der Zusammenführung der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe im Jahr 2005 zu tragen hatten. Während in den westdeutschen Kommunen durch diese Zusammenlegung bereits eine Nettoentlastung der Kommunen eingetreten war, musste sie in den ostdeutschen Kommunen erst durch die Mittel der sog. „Hartz-IV-SoBEZ“ hergestellt werden. Insofern ist eine belastungsgerechte Weiterleitung der Mittel für die kommunalen Aufgabenträger bedeutsam.

Die Mittel aus den Hartz-IV-SoBEZ werden gemäß § 11 Abs. 3a FAG regelmäßig im Abstand von drei Jahren überprüft. Diese Überprüfung stützt sich jeweils auf einen Vergleich mit den Verhältnissen aus dem Jahr 2005. Es werden hierfür die Entwicklungen bei den Kosten der Unterkunft sowie der Zahl der Bedarfsgemeinschaften herangezogen (so. „Relations-Modell“).²⁷ Der Freistaat Sachsen erhält 31,9 % der Mittel aus den Hartz-IV-SoBEZ.

Die sächsische Nettobelastungsermittlungs-Verordnung regelt die Details des Verteilungsmechanismus.²⁸ Dieser berücksichtigt auf der Belastungsseite die Kosten für Unterkunft und Heizung im Regelungsbereich der SGB II und XII sowie pauschalisierte Verwaltungskosten (§ 1 Abs. 2 Nettobelastungsermittlungs-VO). Entlastungsfähig sind auf der anderen Seite die

27 Bundestags-Drucksache 17/13427, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713427.pdf>.

28 <http://www.revosax.sachsen.de/Details.do?sid=5401014905132>.

seit 2005 eingesparten Mittel aus der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Krankenhilfe sowie die damit verbundenen Verwaltungskosten (§ 1 Abs. 6 Nettobelastungsermittlungs-VO).

Durch den Rückgriff auf die relative Veränderung gegenüber dem Vergleichsjahr 2004 werden faktisch die relativen Verhältnisse der kommunalen Aufgabenträger aus dem Jahr 2004 konserviert. Es wird unterstellt, dass die Verteilung im Jahr 2004 geeignet ist, um sie als Maßstab der künftigen Mittelverteilung zu nutzen.

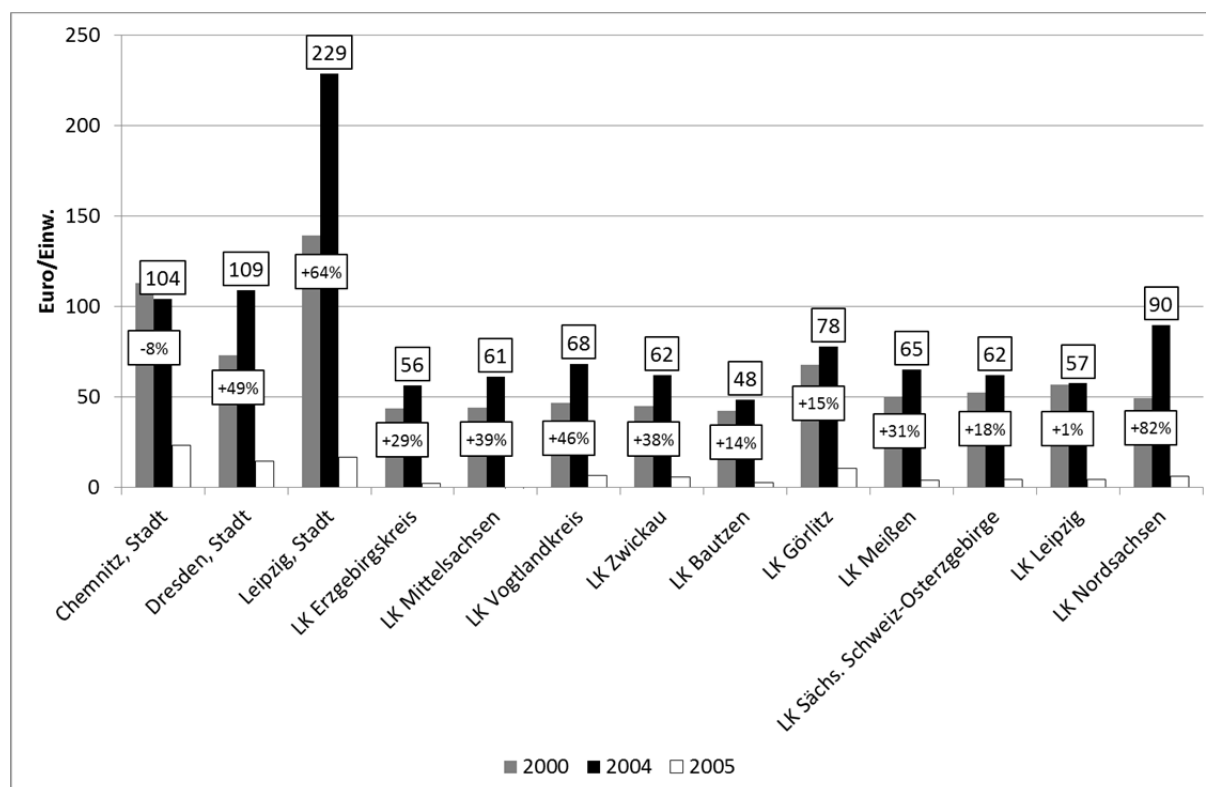
Zur Einordnung dieser These können die Nettobelastung aus der „alten“ Sozialhilfe berechnet werden. Hierzu wurden die Bruttoausgaben der entsprechenden Gruppierung Nr. 73 der Kassenstatistik herausgegriffen (Sozialhilfe für natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen) und die Erstattungen für diese Sozialleistungen abgezogen (GR 24). Auch wenn diese Abgrenzung nicht absolut identisch mit der Definition aus der Nettobelastungsverordnung (s.o.) ist, so kann sie doch als sachgerechte Annäherung an die tatsächlichen fiskalischen Belastungen aus der „alten“ Sozialhilfe genutzt werden. Um den Umstellungseffekt von 2004 auf 2005 einzuordnen, wurden die Zeitpunkte 2000, 2004 und 2005 vergleichend dargestellt. Dies ist insofern bedeutsam, als durch die Ausgestaltung des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs die Verhältnisse des Jahres 2004 für die zukünftige Verteilung herangezogen und damit als hinreichend aussagekräftig bewertet wurden.

Im Jahr 2004 wies Leipzig mit 229 Euro/Einw. die mit Abstand höchsten Nettolasten aus der „alten“ Sozialhilfe auf. Die Nettoausgaben lagen bei mehr als dem Doppelten der Vergleichswerte von Dresden (109 Euro/Einw.) und Chemnitz (104 Euro/Einw.) und im Durchschnitt fast viermal so hoch wie in den Landkreisen (zwischen 48 Euro/Einw. und 90 Euro/Einw.). Bereits vor 2005 hatte der Landkreis Görlitz vergleichsweise hohe Ausgaben, im Landkreis Nordsachsen lagen sie allerdings noch höher. Die geringsten Sozialhilfeausgaben wies 2004 der Landkreis Bautzen auf.

Das Jahr 2004 ist dabei aber nur bedingt als „typisch“ für die Vorjahre zu charakterisieren. Zwischen 2000 und 2004 wuchsen die so angegrenzten Nettolasten (je Einwohner) in Leipzig um 64 %, während es in Dresden „nur“ 49 % waren und sie in Chemnitz sogar um 8 % rückläufig waren. Im Landkreis Nordsachsen betrug der Zuwachs sogar 82 %, während es im Durchschnitt der Landkreise 30 % waren. Insofern lagen bis 2004 deutlich unterschiedliche Dynamiken in der Entwicklung der Sozialhilfeausgaben vor, die danach stichtagsbezogen die Referenzwerte für die Ausrichtung des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs bildeten. Insbesondere Leipzig war von einem besonders hohen Ausgangspunkt in die spätere Verteilung „gestartet“. Durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gingen die Nettoausgaben besonders stark zurück, was zu einer starken Entlastung führte, die fortan prägend für die Berechnung des Sonderlastenausgleichs war. Anders ausgedrückt: Hätte

ein kommunaler Träger 2004 weniger Sozialhilfeausgaben gehabt, würde er heute mehr Mittel aus dem Sonderlastenausgleich erhalten. Dies ist insbesondere für diejenigen Träger mit einem überdurchschnittlichen Zuwachs bis 2004 von Bedeutung (in der Abbildung 14 mehr als +37 % gegenüber dem Wert des Jahres 2000).

Abbildung 14: Nettolasten aus der Sozialhilfe 2000, 2004 und 2005 in Euro/Einw.



Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kas-
 senstatistik.

Der Rückgriff auf die Ausgangsdaten des Jahres 2004 erscheint vor dem Hintergrund einer Lösung für die direkt nachfolgenden Jahre durchaus geeignet. Aus damaliger Perspektive war noch unbekannt, wie sich die Zahl der Leistungsempfänger und die erforderlichen Aus-
 gaben entwickeln würden. Im Raum stand eine effektive Entlastung der Kommunen, die
 auch gesichert werden konnte. Es stellt sich jedoch die Frage, ob auch heute, fast 10 Jahre
 nach der Hartz-IV-Reform, die Verhältnisse des Jahres noch hinreichend aussagekräftig für
 die Verteilung der Mittel aus dem Sonderlastenausgleich sind. Dies ist eine politische Ent-
 scheidung, die vor der Frage steht, wie stark die Kommunen bei der Bewältigung ihrer ge-
 genwärtigen Lasten aus der strukturellen Arbeitslosigkeit durch die Länder unterstützt wer-
 den sollen. Das in Sachsen genutzte Verteilungsverfahren ist demgegenüber bislang an das
 Jahr 2004 als vergangenheitsorientierten Referenzwert gebunden. Aus finanzwissenschaftli-
 cher Perspektive ist es als durchaus kritisch zu sehen, wenn sich Verteilungsschlüssel an
 Referenzwerten orientieren, welche die gegenwärtige finanzielle und soziale Lage der kom-
 munalen Leistungsträger nur unzureichend widerspiegeln.

8 Verfahren in den anderen ostdeutschen Ländern

Die Weiterleitung der Mittel aus den SoBEZ gemäß § 11 Abs. 3a FAG (sog. „Hartz-IV-SoBEZ“) ist in den fünf ostdeutschen Flächenländern unterschiedlich geregelt. Das sächsische Verfahren wurde bereits überblicksartig erläutert.

Thüringen gibt seine Mittel aus den Hartz-IV-SoBEZ aktuell über den Kommunalen Finanzausgleich an die Kommunen weiter.²⁹ Bis 2012 waren hierfür Zweckzuweisungen vorgesehen, seit 2013 werden die Mittel in die Schlüsselmasse für die Kreisaufgaben integriert. Für die Verteilung der Mittel wird ein Nebenansatz für Soziallasten genutzt, der die Lasten aus den SGB II und XII abdecken soll.³⁰ Für den Teil des SGB II wird sich auf die **Zahl der Bedarfsgemeinschaften** gestützt (§ 13 Abs. 2 ThürFAG). Bis 2012 wurde auch in Thüringen eine Orientierung an den Nettolasten gegenüber dem Jahr 2004 vorgenommen.³¹

Sachsen-Anhalt nutzt für die Weitergabe der Mittel ein separates Verfahren außerhalb des Finanzausgleichs. Dabei soll sich die Verteilung der Mittel an der „tatsächlichen finanziellen Belastung“ der kommunalen Träger orientieren.³² Maßgeblich sind hier das Grundsicherungsgesetz Sachsen-Anhalt sowie die Verordnung über die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende.³³ Die Mittelverteilung erfolgt auf Basis der **Ist-Ausgaben für die Kosten der Unterkunft** (§ 1 Abs. 1 der Verordnung über die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende).

In **Mecklenburg-Vorpommern** erfolgt die Verteilung der Mittel gem. § 11 Abs. 3a FAG ebenfalls außerhalb des Finanzausgleichs. Die Verteilung der Mittel wird per Landesausführungsgesetz SGB II (AG-SGB II) geregelt. Die Mittelverteilung richtet sich dabei ebenfalls nach dem anteiligen Bedarf der jeweiligen kommunalen Träger. Dieser bestimmt sich durch die **Zahl der Bedarfsgemeinschaften**.³⁴

In **Brandenburg** ist die vollständige Weiterleitung der Mittel im § 15 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes (BbgFAG) geregelt. Die Verteilung auf die einzelnen kommunalen Träger ist in der Verordnung zur Verteilung von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ VertV) geregelt. Die Verteilung erfolgt **„jeweils hälftig nach den Kosten**

29 Durch die spezifische Ausgestaltung des Thüringer FAG als „bedarfsorientiertes System“ ist nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit zu den sächsischen Regelungen gegeben.

30 Zur Funktionsweise eines Nebenansatzes im Kommunalen Finanzausgleich vgl. Hesse/Lenk/Lück (2013).

31 Verordnung zur Erstattung von Leistungen und zur Verteilung von Zuweisungen nach § 23 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes.

32 Vgl. § 4 Abs. 2 KOMGrSiURG ST.

33 Vgl. ArbSGSiUmsV ST. Hier insbesondere § 1 Abs. 1 „Dabei entspricht der auf die einzelnen kommunalen Träger entfallende Anteil an den Finanzmitteln nach Satz 1 [§ 1 Abs. 1 Satz 2 und 3 des Grundsicherungsgesetzes Sachsen-Anhalt] dem Verhältnis seiner Aufwendungen an den Gesamtaufwendungen aller kommunalen Träger nach § 22 Abs 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch.“

34 § 10 Abs. 2 Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch.

der Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II und nach der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften“³⁵

Wie aus dieser kurzen Zusammenstellung zu erkennen ist, werden die Mittel in den übrigen ostdeutschen Flächenländern nach den Ist-Ausgaben für die KdU oder nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften im SGB II verteilt. Der Verteilungsschlüssel orientiert sich folglich an gegenwartsorientierten Belastungen, die im Regelungsbereich des SGB II entstehen. Ein Rückgriff auf die Nettolasten unter Einbeziehung der alten Sozialhilfe und ein Rückgriff auf die Verhältnisse des Jahres 2004 findet dagegen nicht (mehr) statt.

9 Alternativer Verteilungsmechanismus

Soll die Verteilung der Mittel aus dem Lastenausgleich auf einen gegenwartsbasierten Schlüssel umgestellt werden, um die tatsächlich anfallenden Ausgaben infolge der strukturellen Arbeitslosigkeit abzufedern, so ist der Rückgriff auf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften eine sachgerechte Lösung. Diese Zahl kann der einzelne kommunale Träger nicht aktiv steuern, weshalb keine strategischen Fehlanreize vorliegen. Bei einer Ansetzung der Bruttoausgaben als Verteilungsschlüssel würde demgegenüber die Möglichkeit bestehen, selbst induzierte Mehrausgaben über ein Zuweisungssystem erstattet zu bekommen. Auch wenn dies bezogen auf das örtliche Mietniveau und den geringen Einfluss der Verwaltung darauf nur in sehr geringem Ausmaß unterstellt werden kann, sollten gewisse Anzeilelemente zu einer im Rahmen der Möglichkeiten kostenminimalen Bereitstellung der Leistungen gegeben sein. Insgesamt korreliert die Zahl der Bedarfsgemeinschaften stark mit den Ausgaben für KdU.³⁶ Der Bezug auf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist auch in den anderen ostdeutschen Flächenländern typisch (s. o.) und ist auch für die Verteilung von anderen SGB-II-bezogenen Ausgleichen die erste Wahl.³⁷

Eine entsprechende Umstellung des Verteilungsmechanismus hätte die in der nachfolgenden Tabelle angegebenen fiskalischen Effekte. Für die Stadt Leipzig ergeben sich im Jahr 2012 rund 30 Mio. Euro Mehreinnahmen. Für alle übrigen Träger ergeben sich Mindereinnahmen im niedrigen bis mittleren einstelligen Mio.-Euro-Bereich. Je Einwohner gerechnet

35 § 1 SoBEZ VertV BB.

36 Eine einfache lineare Regressionsrechnung führt sowohl auf Basis von Daten des Jahres 2012 als auch auf Basis von Durchschnittswerten von 2005-2012 zu einem Bestimmtheitsmaß von $R^2=0,99$. Damit liegt eine fast perfekte Korrelation vor, die jedoch aufgrund der geringen Anzahl der Datenpunkte und durch die Stellung der drei Kreisfreien Städte geprägt ist. Wird die Regressionsrechnung nur auf die Daten der Landkreise bezogen, ergeben sich allerdings ebenfalls Bestimmtheitsmaße von $R^2_{2012}=0,94$ bzw. $R^2_{2005-2012}=0,96$.

37 Vgl. Lenk/Hesse/Grüttner/Reichhardt (2012), S. 32ff.

wären die negativen Auswirkungen allerdings nur in den Landkreisen Bautzen, Leipzig und Nordsachsen stärker spürbar.

Tabelle 3: Alternative Verteilung des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften 2012

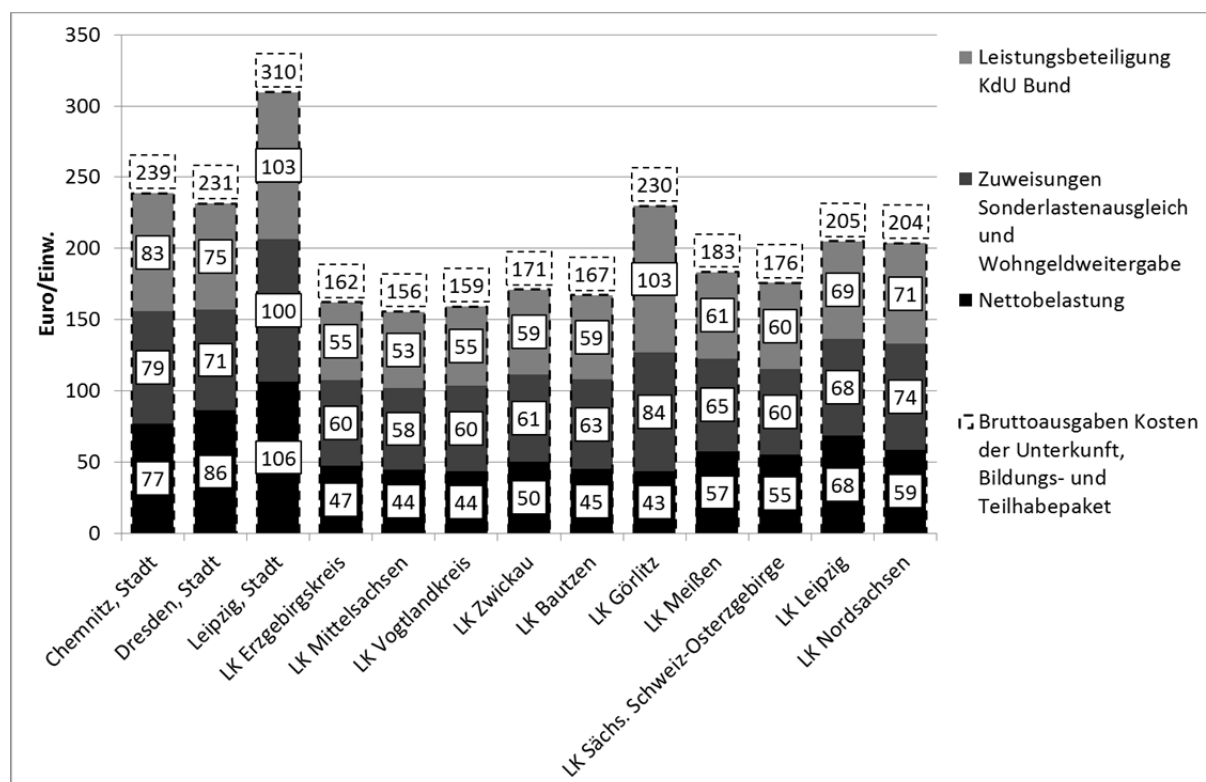
2012	Hartz-IV-Sonderlastenausgleich nach BG verteilt	Nettolasten bei Verteilung nach BG	Nettolasten im gültigen Status quo	Veränderung durch Verteilung nach BG	Veränderung in Euro/Einw.
Chemnitz, Stadt	18.968.250	18.438.679	15.794.923	-2.643.756	-11
Dresden, Stadt	36.656.738	44.842.725	44.531.639	-311.086	-1
Leipzig, Stadt	51.344.742	54.563.711	84.624.801	30.061.090	59
LK Erzgebirgskreis	21.513.822	16.855.996	14.607.685	-2.248.311	-6
LK Mittelsachsen	18.338.155	14.164.661	11.352.394	-2.812.267	-9
LK Vogtlandkreis	14.296.944	10.328.762	8.430.542	-1.898.220	-8
LK Zwickau	20.359.246	16.602.549	13.485.785	-3.116.764	-9
LK Bautzen	19.734.673	14.004.610	8.108.557	-5.896.053	-19
LK Görlitz	22.294.004	11.495.053	9.836.217	-1.658.836	-6
LK Meißen	16.007.008	14.092.705	13.237.582	-855.123	-3
LK Sächs. Schweiz-OE	14.736.838	13.619.904	12.590.393	-1.029.511	-4
LK Leipzig	17.699.631	17.757.664	13.238.082	-4.519.582	-17
LK Nordsachsen	14.819.197	11.679.862	8.608.282	-3.071.580	-15
Sachsen	286.769.247	258.446.882	258.446.882	0	0

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Die Einzelwerte der modellhaften Berechnung für den gesamten Zeitraum 2005-2012 befinden sich im Tabellenanhang (Tabelle 16 bis Tabelle 21).

Letztlich würden auf die Stadt Leipzig auch nach diesem alternativen Verteilungsschlüssel die höchsten Nettolasten entfallen (106 Euro/Einw.), die nun jedoch proportional zu den Bruttolasten aus den KdU ausfallen. Bei den übrigen Kreisfreien Städten und Landkreisen würden sich die Landeszuweisungen ebenfalls an den Bruttolasten aus dem SGB II orientieren und zu einer gemessen an den Bruttolasten proportionalen Verteilung führen.

Abbildung 15: Nettobelastungen bei alternativer Verteilung des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften 2012



Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

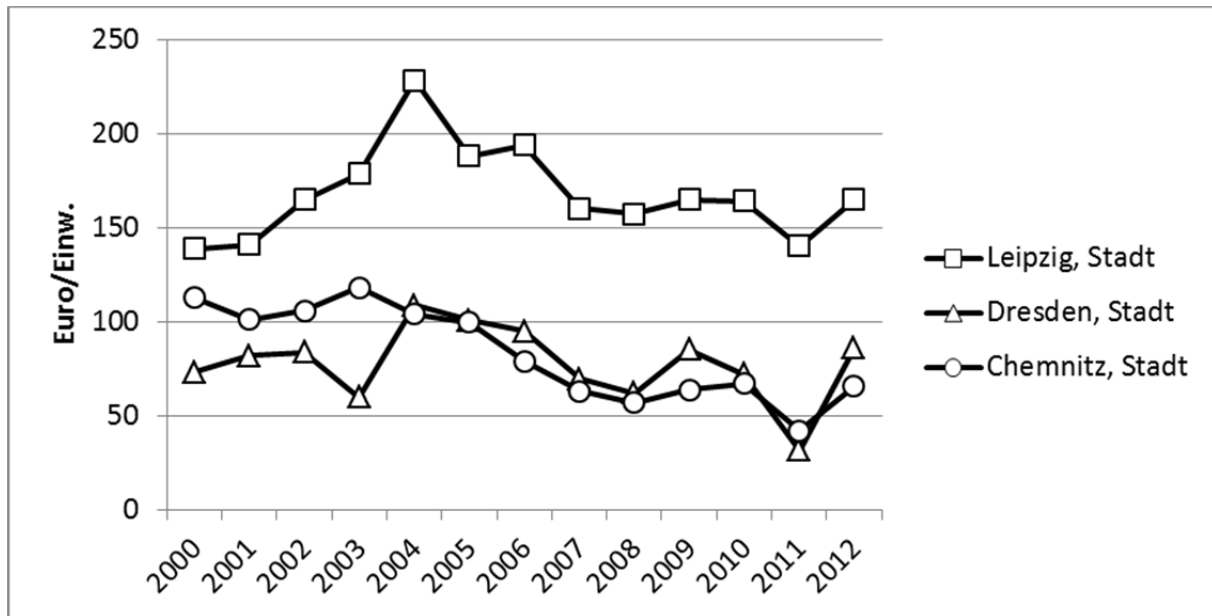
Analog zur Systematik des bisherigen Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs kann die gesamthafte Nettobelastung aus den Sozialleistungen nach den SGB II (KdU und BuT) sowie der „alten“ Sozialhilfe berechnet werden. Bei den Leistungen nach der „alten“ Sozialhilfe wurden von den Bruttoausgaben die Erstattungen für Soziale Leistungen abgezogen.³⁸ Um den Umstellungseffekt von 2004 auf 2005 einzuordnen, wurde auf den Zeitraum 2000-2012 abgestellt. Die Betrachtung konzentriert sich auf die drei Kreisfreien Städte, da zwischen den Kreisen nur geringfügige Differenzen herrschen, und sie bei einer gesamthaften Darstellung sehr nahe zusammenliegen. Auch wenn diese Abgrenzung nicht absolut identisch mit der Definition aus der Nettobelastungsverordnung (s.o.) entspricht, so ist sie doch eine sachgerechte Annäherung an die tatsächlichen fiskalischen Belastungen aus der strukturellen Arbeitslosigkeit.

Bei dieser Betrachtung fällt noch einmal der starke Anstieg der Sozialhilfeausgaben in Leipzig zwischen 2000 und 2004 auf. In den folgenden Jahren werden die 2004 definierten Differenzen im Wesentlichen bis 2012 fortgeschrieben (siehe Abbildung 16). Es ist auch erkennbar, dass für alle drei Kreisfreien Städte eine Entlastungswirkung eingetreten ist, die auch durch die Mittel aus dem sächsischen Hartz-IV-Sonderlastenausgleich unterstützt wur-

38 Ausgaben: GR73, Einnahmen: GR24.

de. Leipzig hat im gesamten Zeitraum eine um etwa 100 Euro je Einwohner höhere Nettobelastung (Bruttoausgaben abzüglich zweckbezogener Einnahmen) aus der strukturellen Arbeitslosigkeit als Dresden und Chemnitz. Die Differenz zu den Landkreisen ist nochmals deutlich höher. Die Verhältnisse aus dem Jahr 2004 wurden weitgehend zementiert.

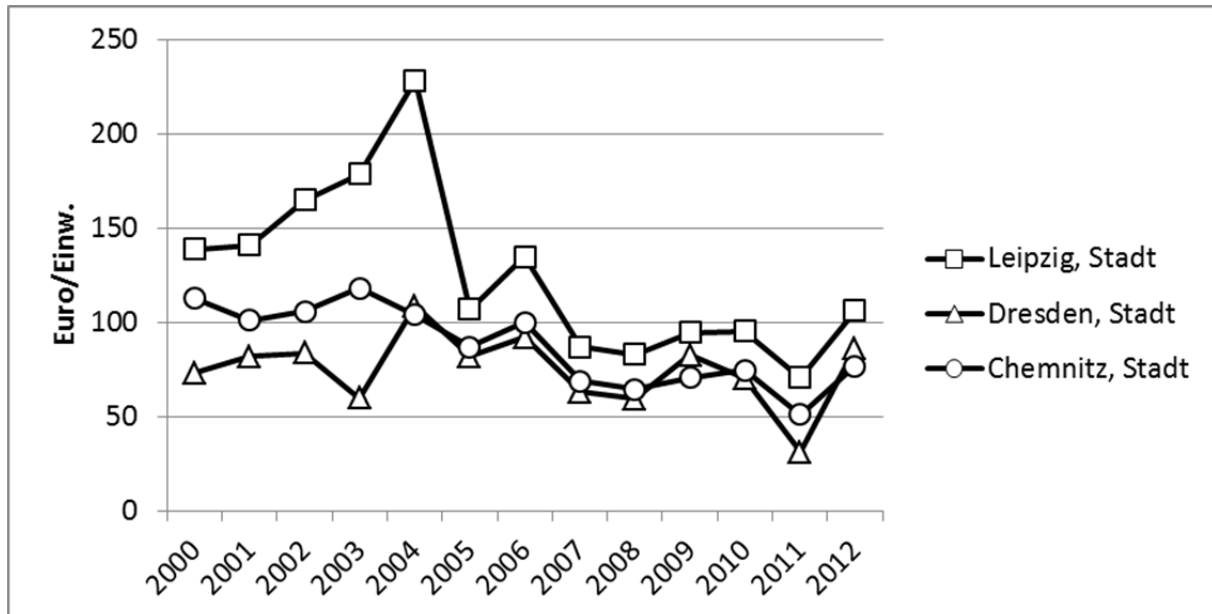
Abbildung 16: Nettobelastung durch die strukturelle Arbeitslosigkeit 2000-2012 in Euro/Einw.



Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Bei einer alternativen Verteilung der Mittel aus dem Hartz-IV-Sonderlastenausgleich (Hartz-IV-SoBEZ und Wohngeldweiterleitung) nach Bedarfsgemeinschaften würden sich die Unterschiede etwas vermindern (Abbildung 17). Nach wie vor hätte Leipzig ein deutlich höheres Nettobelastungsniveau als Dresden und Chemnitz. Die Rangfolge der drei Kreisfreien Städte gegenüber der Zeit vor der „Hartz-IV-Reform“ bliebe ebenfalls unverändert. Die absoluten Unterschiede würden jedoch zu Gunsten der Stadt Leipzig, welche die mit Abstand höchsten Soziallasten in Sachsen schultern muss, etwas gemildert. Vor dem Hintergrund der kaum vorhandenen Steuerbarkeit der KdU-Ausgaben könnte dies eine zweckmäßige Lösung für eine belastungsgerechte Verteilung des sächsischen Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs sein, die auch in den anderen ostdeutschen Flächenländern zum Einsatz kommt.

Abbildung 17: Nettobelastung aus SGB II (KdU + BuT) und SGB XII 2000-2012 in Euro/Einw. bei einer Verteilung des Sonderlastenausgleichs nach Bedarfsgemeinschaften



Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnungen, Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

10 Literaturverzeichnis

ArbSGSiUmsV ST vom 21. Oktober 2010, in:

[http://www.landesrecht.sachsen-](http://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/jportal/?quelle=jlink&query=ArbSGSiUmsV+ST&psml=bssahprod.psml&max=true)

[anhalt.de/jportal/?quelle=jlink&query=ArbSGSiUmsV+ST&psml=bssahprod.psml&max=true](http://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/jportal/?quelle=jlink&query=ArbSGSiUmsV+ST&psml=bssahprod.psml&max=true)

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2013): Arbeitsmarkt nach Ländern, Tabellen und Grafiken Dezember 2012, in:

[http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-](http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Analytikreports/Zentrale-Analytikreports/Monatliche-Tabellenhefte/Generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-Laender/Arbeitsmarkt-Laender-201212.pdf)

[Analysen/Analytikreports/Zentrale-Analytikreports/Monatliche-Tabellenhefte/Generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-Laender/Arbeitsmarkt-Laender-201212.pdf](http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Analytikreports/Zentrale-Analytikreports/Monatliche-Tabellenhefte/Generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-Laender/Arbeitsmarkt-Laender-201212.pdf).

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2013): Grundsicherung in Zahlen Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende, aktuelle Eckwerte der Grundsicherung für Arbeitsuchende Kreise und kreisfreie Städte – Zeitreihe, Oktober 2013.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.) (2013): Mittelabfluss - Erläuterungen der Angaben zu den Gesamtausgaben. Anhang zur Pressemitteilung vom 26.04.2013, in:

http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/2013/but-mittelabfluss-gesamtausgaben.pdf?__blob=publicationFile.

Bundesrat (Hrsg.) (2013): Verordnung zur Festsetzung der der Revision unterliegenden Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für das Jahr 2013 (Drs. 432/13), in: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/brd/2013/0432-13.pdf>.

Bundestags-Drucksache 17/13427, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713427.pdf>

Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2013): Gemeindefinanzbericht 2013, Mindestfinanzausstattung statt Nothaushalt.

Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, in:

<http://www.landesrecht-mv.de/jportal/portal/page/bsmvprod.psml?showdoccase=1&doc.id=jlir-SGB2AGMVrahmen&st=lr>

Grüttner, André/Hesse, Mario/Lenk, Thomas (2012): Finanzwissenschaftliches Gutachten zur Fortschreibung des Kommunalen Finanzausgleichs in Hessen, Flächenansatz und Demografieansatz, Soziallasten, Leipzig, in:

[http://www.uni-](http://www.uni-leipzig.de/fiwi/Forschung/pdf/121213_Gutachten_KFA_Hessen_Gesamtdokument.pdf)

[leipzig.de/fiwi/Forschung/pdf/121213_Gutachten_KFA_Hessen_Gesamtdokument.pdf](http://www.uni-leipzig.de/fiwi/Forschung/pdf/121213_Gutachten_KFA_Hessen_Gesamtdokument.pdf).

Hesse, Mario/Lenk, Thomas/Lück, Oliver (2013): Synoptische Darstellung der kommunalen Finanzausgleichssysteme der Länder aus finanzwissenschaftlicher Perspektive, Studie im Auftrag des Landesrechnungshofs Mecklenburg-Vorpommern, in:

http://www.uni-leipzig.de/fiwi/Forschung/pdf/130909_Synoptische%20Darstellung%20FAG_LRHMV_final.pdf.

Junkernheinrich, Martin/Boettcher, Florian/Brand, Stefan/Holler, Benjamin (2012): Finanzausgleichsdotation und Sozialausgaben Finanzwissenschaftliches Gutachten zur Fortschreibung des Kommunalen Finanzausgleichs in Brandenburg.

Junkernheinrich, Martin/Lenk, Thomas/Hesse, Mario u.a. (2011): HAUSHALTSAUSGLEICH UND SCHULDENABBAU – Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie im

Land Nordrhein-Westfalen, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Finanzministeriums Nordrhein-Westfalen, Kaiserslautern/Leipzig/Bottrop, in: http://www.uni-leipzig.de/fiwi/Forschung/pdf/2011-03-07_Konsolidierungshilfe_EF.pdf.

KOmGrSiURG ST, in:
<http://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/jportal/?quelle=jlink&query=KOmGrSiURG+ST&psml=bssahprod.psml&max=true>.

Lenk, Thomas/Hesse, Mario/Lück, Oliver (2013): Gemeindefinanzbericht Sachsen 2012/2013, in: Sachsenlandkurier, 5/2013, Dresden.

Sächsisches Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (SächsAGSGB), in: <http://www.revosax.sachsen.de/Details.do?sid=8131315074051>.

SoBEZ VertV BB, in:
http://www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_bravors_01.c.43279.de

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Ermittlung der Nettobelastung der kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Nettobelastungs-ermittlungs-VO), in: <http://www.revosax.sachsen.de/Details.do?sid=5401014905132>

Verordnung zur Erstattung von Leistungen und zur Verteilung von Zuweisungen nach § 23 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (Verordnung zu § 23 ThürFAG), in: <http://www.landesrecht.thueringen.de/jportal/?quelle=jlink&query=%C2%A723FinAusglGV+TH+Eingangsformel&psml=bsthueprod.psml&max=true>

11 Tabellenanhang

Tabelle 4: Bruttoausgaben KdU, BuT 2005-2012 in Euro

Bruttoausgaben Kosten der Unterkunft, Bildungs- und Teilhabepaket									
Euro	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	56.930.489	63.340.999	63.325.575	61.251.668	58.992.734	58.132.780	57.024.776	57.308.862	59.538.485
Dresden, Stadt	99.029.710	114.371.972	115.657.092	114.948.070	114.654.218	113.512.468	102.854.917	120.189.894	111.902.293
Leipzig, Stadt	141.498.311	167.631.205	163.637.717	160.203.975	159.265.258	155.816.667	158.141.241	158.947.864	158.142.780
LK Erzgebirgskreis	67.063.423	71.936.778	70.795.943	63.670.304	63.910.417	60.756.835	56.623.761	57.892.973	64.081.304
LK Mittelsachsen	59.595.716	62.802.251	60.782.474	56.202.574	57.898.573	54.935.643	51.089.546	49.533.930	56.605.088
LK Vogtlandkreis	40.761.391	47.178.480	45.246.473	42.248.589	41.902.603	41.075.668	39.324.262	37.780.516	41.939.748
LK Zwickau	65.204.449	72.145.950	71.001.750	65.056.645	65.633.809	62.997.110	58.420.709	56.691.338	64.643.970
LK Bautzen	61.786.944	67.936.012	64.253.688	60.377.904	60.231.573	56.226.697	61.118.395	52.152.155	60.510.421
LK Görlitz	68.983.347	72.499.839	74.448.434	71.042.154	67.161.576	62.667.747	61.155.161	61.148.370	67.388.329
LK Meißen	48.669.934	54.514.619	53.093.400	36.052.483	47.907.599	45.824.698	45.784.559	44.992.981	47.105.034
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	45.153.726	50.944.800	49.692.163	49.231.679	45.645.030	44.887.214	42.686.760	43.187.231	46.428.575
LK Leipzig	56.308.862	61.907.959	58.948.784	54.017.514	54.479.202	53.313.478	51.745.220	53.283.769	55.500.599
LK Nordsachsen	43.079.242	49.296.109	47.412.192	45.374.845	43.846.025	41.762.440	41.240.219	40.594.152	44.075.653
Sachsen	854.065.544	956.506.973	938.295.685	879.678.404	881.528.617	851.909.445	827.209.526	833.704.035	877.862.279

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Tabelle 5: Bruttoausgaben KdU, BuT 2005-2012 in Euro je Einwohner und Euro je Bedarfsgemeinschaft

Bruttoausgaben Kosten der Unterkunft, Bildungs- und Teilhabepaket									
Euro/Einw.	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	230	257	258	251	243	239	238	239	244
Dresden, Stadt	202	229	229	226	224	219	201	231	220
Leipzig, Stadt	283	332	323	313	308	301	314	310	311
LK Erzgebirgskreis	169	184	184	167	170	164	157	162	170
LK Mittelsachsen	170	181	177	166	173	166	159	156	169
LK Vogtlandkreis	156	182	177	168	168	167	164	159	168
LK Zwickau	180	201	200	185	189	183	174	171	186
LK Bautzen	179	200	191	182	184	174	194	167	184
LK Görlitz	230	245	256	248	237	225	227	230	237
LK Meißen	183	207	204	140	187	181	185	183	184
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	171	195	192	192	179	177	173	176	182
LK Leipzig	201	223	214	198	201	199	197	205	205
LK Nordsachsen	195	226	220	213	209	201	205	204	209
Sachsen	199	224	222	209	211	205	204	206	210

Bruttoausgaben Kosten der Unterkunft, Bildungs- und Teilhabepaket									
Euro je Bedarfsgemeinschaft	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	3.010	3.067	3.245	3.255	3.239	3.233	3.364	3.513	3.232
Dresden, Stadt	3.224	3.164	3.308	3.320	3.341	3.293	3.128	3.812	3.320
Leipzig, Stadt	2.996	3.275	3.325	3.302	3.318	3.263	3.418	3.599	3.309
LK Erzgebirgskreis	2.521	2.590	2.825	2.723	2.827	2.821	2.944	3.129	2.776
LK Mittelsachsen	2.591	2.612	2.745	2.707	2.909	2.900	2.999	3.141	2.802
LK Vogtlandkreis	2.604	2.743	2.860	2.829	2.832	2.852	2.969	3.073	2.835
LK Zwickau	2.703	2.804	3.000	2.936	3.049	3.027	3.102	3.238	2.966
LK Bautzen	2.482	2.657	2.841	2.827	2.952	2.871	3.334	3.073	2.852
LK Görlitz	2.602	2.627	2.952	2.955	2.942	2.898	3.030	3.189	2.880
LK Meißen	2.740	2.786	3.004	2.174	3.044	2.994	3.195	3.268	2.883
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	2.839	2.929	3.107	3.227	3.093	3.124	3.205	3.407	3.104
LK Leipzig	2.867	2.893	3.089	3.016	3.156	3.164	3.253	3.500	3.099
LK Nordsachsen	2.540	2.735	2.898	2.940	2.977	2.921	3.064	3.185	2.890
Sachsen	2.774	2.878	3.053	2.994	3.092	3.065	3.182	3.380	3.039

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Tabelle 6: Falldichte in Bedarfsgemeinschaften je 1.000 Einwohnern

Falldichte (BG je 1.000 Einwohner)									
Bedarfsgemeinschaften	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	76	84	80	77	75	74	71	68	76
Dresden, Stadt	63	72	69	68	67	67	64	61	66
Leipzig, Stadt	95	101	97	95	93	92	92	86	94
LK Erzgebirgskreis	67	71	65	61	60	58	53	52	61
LK Mittelsachsen	66	69	65	61	60	57	53	50	60
LK Vogtlandkreis	60	67	62	59	59	59	55	52	59
LK Zwickau	66	72	67	63	62	61	56	53	62
LK Bautzen	72	75	67	64	62	61	58	54	64
LK Görlitz	88	93	87	84	81	77	75	72	82
LK Meißen	67	74	68	64	62	60	58	56	64
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	60	67	62	59	58	57	54	52	59
LK Leipzig	70	77	69	66	64	63	61	59	66
LK Nordsachsen	77	83	76	72	70	69	67	64	72
Sachsen	72	78	73	70	68	67	64	61	69
Variationskoeffizient	14%	13%	14%	15%	14%	15%	17%	17%	14%

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 7: Kostenintensität in Ausgaben je Bedarfsgemeinschaft

Bruttoausgaben Kosten der Unterkunft, Bildungs- und Teilhabepaket									
Euro je Bedarfsgemeinschaft	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	3.010	3.067	3.245	3.255	3.239	3.233	3.364	3.513	3.232
Dresden, Stadt	3.224	3.164	3.308	3.320	3.341	3.293	3.128	3.812	3.320
Leipzig, Stadt	2.996	3.275	3.325	3.302	3.318	3.263	3.418	3.599	3.309
LK Erzgebirgskreis	2.521	2.590	2.825	2.723	2.827	2.821	2.944	3.129	2.776
LK Mittelsachsen	2.591	2.612	2.745	2.707	2.909	2.900	2.999	3.141	2.802
LK Vogtlandkreis	2.604	2.743	2.860	2.829	2.832	2.852	2.969	3.073	2.835
LK Zwickau	2.703	2.804	3.000	2.936	3.049	3.027	3.102	3.238	2.966
LK Bautzen	2.482	2.657	2.841	2.827	2.952	2.871	3.334	3.073	2.852
LK Görlitz	2.602	2.627	2.952	2.955	2.942	2.898	3.030	3.189	2.880
LK Meißen	2.740	2.786	3.004	2.174	3.044	2.994	3.195	3.268	2.883
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	2.839	2.929	3.107	3.227	3.093	3.124	3.205	3.407	3.104
LK Leipzig	2.867	2.893	3.089	3.016	3.156	3.164	3.253	3.500	3.099
LK Nordsachsen	2.540	2.735	2.898	2.940	2.977	2.921	3.064	3.185	2.890
Sachsen	2.774	2.878	3.053	2.994	3.092	3.065	3.182	3.380	3.039
<i>Variationskoeffizient</i>	8%	7%	6%	10%	5%	5%	5%	7%	6%

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Tabelle 8: Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft 2005-2012 in Euro

Leistungsbeteiligung KdU Bund		GR 191							
Euro	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	16.437.116	18.332.806	19.713.647	17.423.711	15.018.575	13.309.551	20.336.033	19.901.933	17.559.172
Dresden, Stadt	28.183.269	32.595.124	36.047.487	33.020.631	21.759.698	26.002.941	39.458.903	38.690.431	31.969.811
Leipzig, Stadt	40.909.743	48.944.396	52.140.449	45.463.655	39.806.802	35.687.431	55.893.753	53.039.411	46.485.705
LK Erzgebirgskreis	19.010.214	21.030.135	21.689.789	18.380.782	16.234.963	13.935.099	19.977.950	19.523.155	18.722.761
LK Mittelsachsen	16.415.332	18.497.182	19.230.235	15.855.802	14.614.019	12.467.965	17.856.203	17.031.114	16.495.982
LK Vogtlandkreis	11.587.791	13.847.056	14.033.683	12.072.680	10.571.603	9.439.097	13.853.046	13.154.810	12.319.971
LK Zwickau	18.719.302	20.904.305	22.148.953	18.925.344	16.563.733	14.591.577	20.730.730	19.729.543	19.039.186
LK Bautzen	17.725.928	19.518.539	19.514.305	16.752.371	14.570.589	12.734.263	19.301.689	18.412.872	17.316.320
LK Görlitz	16.652.096	20.187.349	22.095.156	18.213.939	16.674.603	14.149.623	24.708.243	27.359.313	20.005.040
LK Meißen	13.867.311	15.758.335	16.317.463	13.827.156	11.942.659	10.361.403	15.749.973	14.893.268	14.089.696
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	12.808.599	14.725.961	15.449.020	13.645.920	11.848.645	10.325.187	15.034.852	14.830.489	13.583.584
LK Leipzig	16.188.750	17.334.889	18.769.934	15.161.785	13.558.560	12.012.610	18.116.788	17.826.474	16.121.224
LK Nordsachsen	12.357.192	13.869.833	14.718.575	12.935.525	11.111.013	9.604.453	14.498.483	14.095.093	12.898.771
Sachsen	240.862.643	275.545.910	291.868.696	251.679.301	214.275.462	194.621.200	295.516.646	288.487.906	256.607.221

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Tabelle 9: Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft 2005-2012 in Euro je Einwohner und Euro je Bedarfsgemeinschaft

Leistungsbeteiligung KdU Bund Euro/Einw.	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	66	74	80	71	62	55	85	83	72
Dresden, Stadt	58	65	71	65	42	50	77	75	63
Leipzig, Stadt	82	97	103	89	77	69	111	103	91
LK Erzgebirgskreis	48	54	56	48	43	38	55	55	50
LK Mittelsachsen	47	53	56	47	44	38	55	53	49
LK Vogtlandkreis	44	54	55	48	42	38	58	55	49
LK Zwickau	52	58	62	54	48	42	62	59	55
LK Bautzen	51	57	58	51	45	39	61	59	53
LK Görlitz	55	68	76	63	59	51	92	103	70
LK Meißen	52	60	63	54	47	41	64	61	55
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	49	56	60	53	46	41	61	60	53
LK Leipzig	58	62	68	55	50	45	69	69	59
LK Nordsachsen	56	64	68	61	53	46	72	71	61
Sachsen	56	65	69	60	51	47	73	71	61

Leistungsbeteiligung KdU Bund Euro je Bedarfsgemeinschaft	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	869	888	1.010	926	825	740	1.200	1.220	953
Dresden, Stadt	918	902	1.031	954	634	754	1.200	1.227	949
Leipzig, Stadt	866	956	1.060	937	829	747	1.208	1.201	973
LK Erzgebirgskreis	715	757	866	786	718	647	1.039	1.055	811
LK Mittelsachsen	714	769	868	764	734	658	1.048	1.080	817
LK Vogtlandkreis	740	805	887	808	714	655	1.046	1.070	833
LK Zwickau	776	812	936	854	769	701	1.101	1.127	874
LK Bautzen	712	763	863	784	714	650	1.053	1.085	816
LK Görlitz	628	731	876	758	730	654	1.224	1.427	855
LK Meißen	781	805	923	834	759	677	1.099	1.082	862
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	805	847	966	895	803	719	1.129	1.170	908
LK Leipzig	824	810	983	847	786	713	1.139	1.171	900
LK Nordsachsen	728	769	900	838	754	672	1.077	1.106	846
Sachsen	782	829	950	857	752	700	1.137	1.170	888

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Tabelle 10: Wohngeldweitergabe des Landes 2005-2012 in Euro

Wohngeldweiterleitung Land		GR 092							
Euro	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	2.560.742	3.861.737	10.147.215	11.658.372	10.210.934	9.999.541	7.553.604	7.262.133	7.906.785
Dresden, Stadt	3.488.641	4.935.804	15.966.207	19.610.595	17.695.056	17.592.966	13.438.071	12.408.272	13.141.952
Leipzig, Stadt	1.097.138	2.489.748	10.857.363	13.361.889	12.303.573	12.378.737	9.024.296	7.109.899	8.577.830
LK Erzgebirgskreis	5.159.181	4.938.363	14.263.269	15.561.811	13.421.644	12.733.744	8.929.158	8.003.524	10.376.337
LK Mittelsachsen	5.183.171	3.900.218	12.946.282	14.377.070	12.222.557	11.377.483	8.204.381	7.124.247	9.416.926
LK Vogtlandkreis	2.626.384	3.339.531	9.024.829	9.901.044	8.752.141	8.510.298	6.204.443	5.447.238	6.725.739
LK Zwickau	4.565.459	4.707.820	13.914.757	15.154.639	13.399.515	12.834.508	9.065.250	7.916.063	10.194.751
LK Bautzen	6.460.187	4.572.459	13.635.946	14.891.627	13.120.587	12.238.005	9.278.977	8.607.452	10.350.655
LK Görlitz	6.253.846	3.657.329	12.859.105	14.528.459	12.680.481	11.472.987	8.295.294	8.044.935	9.724.055
LK Meißen	2.966.690	3.538.554	9.619.181	10.302.671	8.894.995	8.334.752	6.268.608	5.661.525	6.948.372
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	2.565.284	2.910.089	8.811.590	6.841.502	11.224.764	8.647.344	5.949.469	5.302.684	6.531.591
LK Leipzig	4.176.228	3.850.511	11.110.933	11.944.661	10.485.822	10.263.615	7.725.905	7.459.810	8.377.186
LK Nordsachsen	2.897.055	3.704.161	9.085.783	10.163.314	8.826.474	8.256.113	6.256.846	6.004.719	6.899.308
Sachsen	50.000.006	50.406.324	152.242.460	168.297.654	153.238.543	144.640.093	106.194.302	96.352.501	115.171.485

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Tabelle 11: Wohngeldweitergabe des Landes 2005-2012 in Euro je Einwohner und Euro je Bedarfsgemeinschaft

Wohngeldweiterleitung Land									
Euro/Einw.	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	10	16	41	48	42	41	31	30	32
Dresden, Stadt	7	10	32	39	35	34	26	24	26
Leipzig, Stadt	2	5	21	26	24	24	18	14	17
LK Erzgebirgskreis	13	13	37	41	36	34	25	22	28
LK Mittelsachsen	15	11	38	43	37	34	26	22	28
LK Vogtlandkreis	10	13	35	39	35	35	26	23	27
LK Zwickau	13	13	39	43	39	37	27	24	29
LK Bautzen	19	13	41	45	40	38	29	28	31
LK Görlitz	21	12	44	51	45	41	31	30	34
LK Meißen	11	13	37	40	35	33	25	23	27
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	10	11	34	27	44	34	24	22	26
LK Leipzig	15	14	40	44	39	38	29	29	31
LK Nordsachsen	13	17	42	48	42	40	31	30	33
Sachsen	12	12	36	40	37	35	26	24	28

Wohngeldweiterleitung Land									
Euro je Bedarfsgemeinschaft	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	135	187	520	620	561	556	446	445	429
Dresden, Stadt	114	137	457	566	516	510	409	394	390
Leipzig, Stadt	23	49	221	275	256	259	195	161	179
LK Erzgebirgskreis	194	178	569	666	594	591	464	433	449
LK Mittelsachsen	225	162	585	692	614	601	482	452	466
LK Vogtlandkreis	168	194	570	663	591	591	468	443	455
LK Zwickau	189	183	588	684	622	617	481	452	468
LK Bautzen	259	179	603	697	643	625	506	507	488
LK Görlitz	236	132	510	604	555	531	411	420	416
LK Meißen	167	181	544	621	565	545	437	411	425
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	161	167	551	448	761	602	447	418	437
LK Leipzig	213	180	582	667	608	609	486	490	468
LK Nordsachsen	171	205	555	659	599	578	465	471	452
Sachsen	162	152	495	573	538	520	408	391	399

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Tabelle 12: Weitergabe der Mittel des Landes aus den Hartz-IV-SoBEZ 2005-2012 in Euro

Hartz-IV-SoBEZ	GR 093								
Euro	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	13.212.183	21.655.744	18.017.198	18.252.558	18.210.036	18.514.503	19.037.432	14.349.873	17.656.191
Dresden, Stadt	17.999.685	29.278.382	28.522.984	30.741.862	31.511.453	32.567.337	33.789.571	24.559.552	28.621.353
Leipzig, Stadt	5.660.696	18.237.558	19.429.667	20.953.124	21.898.561	22.912.944	22.652.637	14.173.753	18.239.868
LK Erzgebirgskreis	26.618.857	26.081.504	24.991.246	24.333.756	23.950.801	23.578.580	22.613.546	15.758.609	23.490.862
LK Mittelsachsen	26.742.642	20.856.870	22.742.243	22.505.309	21.843.620	21.074.672	20.734.007	14.026.175	21.315.692
LK Vogtlandkreis	13.550.862	17.752.738	15.864.387	15.477.744	15.604.934	15.753.940	15.661.726	10.747.926	15.051.782
LK Zwickau	23.555.538	25.927.487	24.626.309	23.696.471	23.886.698	23.763.939	22.928.726	15.559.947	22.993.139
LK Bautzen	33.331.410	22.441.563	23.671.216	23.270.716	23.393.679	22.666.390	23.447.300	17.023.274	23.655.694
LK Görlitz	32.266.797	20.188.113	22.311.044	22.740.696	22.626.246	21.255.525	21.044.800	15.907.905	22.292.641
LK Meißen	15.306.675	18.819.964	16.936.166	16.096.966	15.868.869	15.438.211	15.814.774	11.200.606	15.685.279
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	13.235.620	15.767.913	15.577.115	17.136.021	13.029.410	15.924.086	15.023.659	10.463.665	14.519.686
LK Leipzig	21.547.297	20.916.975	19.455.308	18.666.755	18.717.872	19.002.029	19.467.746	14.759.403	19.066.673
LK Nordsachsen	14.947.391	19.670.933	15.864.643	15.902.452	15.744.792	15.291.947	15.779.581	11.886.058	15.635.975
Sachsen	257.975.653	277.595.744	268.009.526	269.774.430	266.286.971	267.744.103	267.995.505	190.416.746	258.224.835

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Tabelle 13: Weitergabe der Mittel des Landes aus den Hartz-IV-SoBEZ 2005-2012 in Euro je Einwohner und Euro je Bedarfsgemeinschaft

Hartz-IV-SoBEZ									
Euro/Einw.	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	53	88	73	75	75	76	79	60	72
Dresden, Stadt	37	59	56	60	62	63	66	47	56
Leipzig, Stadt	11	36	38	41	42	44	45	28	36
LK Erzgebirgskreis	67	67	65	64	64	64	63	44	62
LK Mittelsachsen	76	60	66	67	65	64	64	44	64
LK Vogtlandkreis	52	69	62	61	63	64	65	45	60
LK Zwickau	65	72	69	68	69	69	68	47	66
LK Bautzen	97	66	70	70	72	70	74	55	72
LK Görlitz	107	68	77	79	80	76	78	60	79
LK Meißen	58	72	65	62	62	61	64	46	61
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	50	60	60	67	51	63	61	43	57
LK Leipzig	77	75	71	68	69	71	74	57	70
LK Nordsachsen	68	90	74	75	75	74	79	60	74
Sachsen	60	65	63	64	64	64	66	47	62

Hartz-IV-Sonderlastenausgleich									
Euro je Bedarfsgemeinschaft	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	699	1.049	923	970	1.000	1.030	1.123	880	959
Dresden, Stadt	586	810	816	888	918	945	1.028	779	849
Leipzig, Stadt	120	356	395	432	456	480	490	321	382
LK Erzgebirgskreis	1.001	939	997	1.041	1.059	1.095	1.176	852	1.018
LK Mittelsachsen	1.163	868	1.027	1.084	1.098	1.112	1.217	889	1.055
LK Vogtlandkreis	866	1.032	1.003	1.036	1.055	1.094	1.182	874	1.017
LK Zwickau	977	1.008	1.041	1.069	1.110	1.142	1.218	889	1.055
LK Bautzen	1.339	878	1.047	1.090	1.146	1.157	1.279	1.003	1.115
LK Görlitz	1.217	731	885	946	991	983	1.043	830	953
LK Meißen	862	962	958	971	1.008	1.009	1.104	814	960
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	832	907	974	1.123	883	1.108	1.128	826	971
LK Leipzig	1.097	978	1.019	1.042	1.084	1.128	1.224	970	1.065
LK Nordsachsen	881	1.091	970	1.030	1.069	1.070	1.172	933	1.025
Sachsen	838	835	872	918	934	963	1.031	772	894

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Tabelle 14: Nettobelastung nach Beteiligung des Bundes und des Landes in Euro

Nettobelastung nach Bundesbeteiligung KdU, Hartz-IV-Sonderlastenausgleich und Wohngeldweitergabe des Landes									
Euro	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	24.720.448	19.490.712	15.447.515	13.917.027	15.553.189	16.309.185	10.097.707	15.794.923	16.416.338
Dresden, Stadt	49.358.115	47.562.662	35.120.414	31.574.982	43.688.011	37.349.224	16.168.372	44.531.639	38.169.177
Leipzig, Stadt	93.830.734	97.959.503	81.210.238	80.425.307	85.256.322	84.837.555	70.570.555	84.624.801	84.839.377
LK Erzgebirgskreis	16.275.171	19.886.776	9.851.639	5.393.955	10.303.009	10.509.412	5.103.107	14.607.685	11.491.344
LK Mittelsachsen	11.254.571	19.547.981	5.863.714	3.464.393	9.218.377	10.015.523	4.294.955	11.352.394	9.376.489
LK Vogtlandkreis	12.996.354	12.239.155	6.323.574	4.797.121	6.973.925	7.372.333	3.605.047	8.430.542	7.842.256
LK Zwickau	18.364.150	20.606.338	10.311.731	7.280.191	11.783.863	11.807.086	5.696.003	13.485.785	12.416.893
LK Bautzen	4.269.419	21.403.451	7.432.221	5.463.190	9.146.718	8.588.039	9.090.429	8.108.557	9.187.753
LK Görlitz	13.810.608	28.467.048	17.183.129	15.559.060	15.180.246	15.789.612	7.106.824	9.836.217	15.366.593
LK Meißen	16.529.258	16.397.766	10.220.590	-4.174.310	11.201.076	11.690.332	7.951.204	13.237.582	10.381.687
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	16.544.223	17.540.837	9.854.438	11.608.236	9.542.211	9.990.597	6.678.780	12.590.393	11.793.714
LK Leipzig	14.396.587	19.805.584	9.612.609	8.244.313	11.716.948	12.035.224	6.434.781	13.238.082	11.935.516
LK Nordsachsen	12.877.604	12.051.182	7.743.191	6.373.554	8.163.746	8.609.927	4.705.309	8.608.282	8.641.599
Sachsen	305.227.242	352.958.995	226.175.003	189.927.019	247.727.641	244.904.049	157.503.073	258.446.882	247.858.738

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Tabelle 15: Nettobelastung nach Beteiligung des Bundes und des Landes in Euro je Einwohner und Euro je Bedarfsgemeinschaft

Nettobelastung nach Bundesbeteiligung KdU, Hartz-IV-Sonderlastenausgleich und Wohngeldweitergabe des Landes									
Euro/Einw.	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	100	79	63	57	64	67	42	66	67
Dresden, Stadt	101	95	69	62	85	72	32	86	75
Leipzig, Stadt	188	194	160	157	165	164	140	165	167
LK Erzgebirgskreis	41	51	26	14	27	28	14	41	30
LK Mittelsachsen	32	56	17	10	28	30	13	36	28
LK Vogtlandkreis	50	47	25	19	28	30	15	36	31
LK Zwickau	51	57	29	21	34	34	17	41	36
LK Bautzen	12	63	22	16	28	27	29	26	28
LK Görlitz	46	96	59	54	54	57	26	37	54
LK Meißen	62	62	39	-16	44	46	32	54	41
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	63	67	38	45	37	39	27	51	46
LK Leipzig	51	71	35	30	43	45	25	51	44
LK Nordsachsen	58	55	36	30	39	42	23	43	41
Sachsen	71	83	53	45	59	59	39	64	59

Nettobelastung nach Bundesbeteiligung KdU, Hartz-IV-Sonderlastenausgleich und Wohngeldweitergabe des Landes									
Euro	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	1.307	944	792	740	854	907	596	968	891
Dresden, Stadt	1.607	1.316	1.005	912	1.273	1.083	492	1.412	1.132
Leipzig, Stadt	1.987	1.914	1.650	1.658	1.776	1.777	1.525	1.916	1.775
LK Erzgebirgskreis	612	716	393	231	456	488	265	789	498
LK Mittelsachsen	489	813	265	167	463	529	252	720	464
LK Vogtlandkreis	830	712	400	321	471	512	272	686	530
LK Zwickau	761	801	436	329	547	567	302	770	570
LK Bautzen	171	837	329	256	448	438	496	478	433
LK Görlitz	521	1.031	681	647	665	730	352	513	657
LK Meißen	931	838	578	-252	712	764	555	962	635
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	1.040	1.008	616	761	647	695	502	993	788
LK Leipzig	733	926	504	460	679	714	405	870	666
LK Nordsachsen	759	669	473	413	554	602	350	675	567
Sachsen	991	1.062	736	647	869	881	606	1.048	858

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik.

Tabelle 16: Alternative Verteilung des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs nach Bedarfsgemeinschaften in Euro

Verteilung Hartz-IV-Sonderlastenausgleich nach Bedarfsgemeinschaften									MW 2005-2012
Euro	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
Chemnitz, Stadt	18.918.910	20.383.545	26.682.082	28.061.909	26.801.272	26.682.239	24.401.962	18.968.250	23.862.521
Dresden, Stadt	30.723.474	35.679.903	47.806.493	51.623.937	50.497.807	51.146.305	47.321.975	36.656.738	43.932.079
Leipzig, Stadt	47.232.344	50.528.124	67.293.949	72.349.788	70.643.216	70.848.225	66.596.309	51.344.742	62.104.587
LK Erzgebirgskreis	26.605.717	27.418.580	34.264.949	34.862.620	33.270.362	31.957.508	27.681.442	21.513.822	29.696.875
LK Mittelsachsen	23.003.743	23.728.940	30.279.052	30.961.463	29.289.525	28.108.224	24.517.112	18.338.155	26.028.277
LK Vogtlandkreis	15.654.845	16.978.843	21.636.864	22.268.021	21.774.853	21.371.608	19.065.986	14.296.944	19.130.995
LK Zwickau	24.126.911	25.399.745	32.362.481	33.042.834	31.677.954	30.879.456	27.104.855	20.359.246	28.119.185
LK Bautzen	24.902.835	25.240.907	30.924.262	31.848.367	30.028.766	29.060.283	26.386.011	19.734.673	27.265.763
LK Görlitz	26.520.948	27.246.416	34.489.098	35.855.151	33.593.995	32.087.705	29.052.080	22.294.004	30.142.425
LK Meißen	17.766.985	19.314.533	24.172.692	24.731.020	23.159.028	22.711.166	20.624.101	16.007.008	21.060.817
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	15.910.819	17.169.022	21.868.648	22.748.070	21.715.007	21.321.656	19.168.661	14.736.838	19.329.840
LK Leipzig	19.641.572	21.119.746	26.099.888	26.705.520	25.400.173	24.998.456	22.894.344	17.699.631	23.069.916
LK Nordsachsen	16.966.555	17.793.764	22.371.528	23.013.383	21.673.557	21.211.365	19.374.970	14.819.197	19.653.040
Sachsen	307.975.659	328.002.068	420.251.986	438.072.084	419.525.514	412.384.196	374.189.807	286.769.247	373.396.320

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik, Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 17: Alternative Verteilung des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs nach Bedarfsgemeinschaften in Euro je Einwohner und Euro je Bedarfsgemeinschaft

Verteilung Hartz-IV-Sonderlastena	Verteilung Hartz-IV-Sonderlastenausgleich nach Bedarfsgemeinschaften								
Euro/Einw.	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	76	83	109	115	110	110	102	79	98
Dresden, Stadt	63	71	95	102	99	99	92	71	86
Leipzig, Stadt	95	100	133	141	137	137	132	100	122
LK Erzgebirgskreis	67	70	89	92	89	86	77	60	79
LK Mittelsachsen	66	68	88	92	88	85	76	58	78
LK Vogtlandkreis	60	66	85	88	87	87	80	60	77
LK Zwickau	66	71	91	94	91	90	81	61	81
LK Bautzen	72	74	92	96	92	90	84	63	83
LK Görlitz	88	92	119	125	119	115	108	84	106
LK Meißen	67	73	93	96	91	89	84	65	82
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	60	66	85	89	85	84	78	60	76
LK Leipzig	70	76	95	98	94	93	87	68	85
LK Nordsachsen	77	82	104	108	103	102	96	74	93
Sachsen	72	77	99	104	100	99	92	71	89

Verteilung Hartz-IV-Sonderlastena	Verteilung Hartz-IV-Sonderlastenausgleich nach Bedarfsgemeinschaften								
Euro	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.295
Dresden, Stadt	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.303
Leipzig, Stadt	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.300
LK Erzgebirgskreis	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.286
LK Mittelsachsen	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.289
LK Vogtlandkreis	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.293
LK Zwickau	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.290
LK Bautzen	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.285
LK Görlitz	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.288
LK Meißen	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.289
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.292
LK Leipzig	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.288
LK Nordsachsen	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.289
Sachsen	1.000	987	1.367	1.491	1.472	1.484	1.439	1.163	1.293

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik, Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 18: Nettolasten bei alternativer Verteilung des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs nach Bedarfsgemeinschaften in Euro

Nettolasten bei Verteilung Hartz-IV-Sonderlastenausgleich nach Bedarfsgemeinschaften									
Euro	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	21.574.463	24.624.648	16.929.846	15.766.048	17.172.887	18.140.990	12.286.781	18.438.679	18.116.793
Dresden, Stadt	40.122.967	46.096.945	31.803.112	30.303.502	42.396.713	36.363.222	16.074.039	44.842.725	36.000.403
Leipzig, Stadt	53.356.224	68.158.685	44.203.319	42.390.532	48.815.240	49.281.011	35.651.179	54.563.711	49.552.488
LK Erzgebirgskreis	21.447.492	23.488.063	14.841.205	10.426.902	14.405.092	14.864.228	8.964.369	16.855.996	15.661.668
LK Mittelsachsen	20.176.641	20.576.129	11.273.187	9.385.309	13.995.029	14.359.454	8.716.231	14.164.661	14.080.830
LK Vogtlandkreis	13.518.755	16.352.581	9.575.926	7.907.888	9.556.147	10.264.963	6.405.230	10.328.762	10.488.782
LK Zwickau	22.358.236	25.841.900	16.490.316	13.088.467	17.392.122	17.526.077	10.585.124	16.602.549	17.485.599
LK Bautzen	19.158.181	23.176.566	13.815.121	11.777.166	15.632.218	14.432.151	15.430.695	14.004.610	15.928.339
LK Görlitz	25.810.303	25.066.074	17.864.180	16.973.064	16.892.978	16.430.419	7.394.838	11.495.053	17.240.864
LK Meißen	17.035.638	19.441.751	12.603.245	-2.505.693	12.805.912	12.752.129	9.410.485	14.092.705	11.954.522
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	16.434.308	19.049.817	12.374.495	12.837.689	12.081.378	13.240.371	8.483.247	13.619.904	13.515.151
LK Leipzig	20.478.540	23.453.324	14.078.962	12.150.209	15.520.469	16.302.412	10.734.088	17.757.664	16.309.458
LK Nordsachsen	13.755.495	17.632.512	10.322.089	9.425.937	11.061.455	10.946.622	7.366.766	11.679.862	11.523.842
Sachsen	305.227.242	352.958.995	226.175.003	189.927.019	247.727.641	244.904.049	157.503.073	258.446.882	247.858.738

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik, Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 19: Nettolasten bei alternativer Verteilung des Hartz-IV-Sonderlastenausgleichs nach Bedarfsgemeinschaften in Euro je Einw. und Euro je BG

Nettolasten bei Verteilung Hartz-IV-Sonderlastenausgleich nach Bedarfsgemeinschaften									MW 2005-2012
Euro/Einw.	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
Chemnitz, Stadt	87	100	69	65	71	75	51	77	74
Dresden, Stadt	82	92	63	60	83	70	31	86	71
Leipzig, Stadt	107	135	87	83	95	95	71	106	97
LK Erzgebirgskreis	54	60	38	27	38	40	25	47	42
LK Mittelsachsen	58	59	33	28	42	43	27	44	42
LK Vogtlandkreis	52	63	37	31	38	42	27	44	42
LK Zwickau	62	72	46	37	50	51	32	50	50
LK Bautzen	56	68	41	36	48	45	49	45	48
LK Görlitz	86	85	61	59	60	59	27	43	61
LK Meißen	64	74	48	-10	50	50	38	57	47
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	62	73	48	50	47	52	34	55	53
LK Leipzig	73	84	51	44	57	61	41	68	60
LK Nordsachsen	62	81	48	44	53	53	37	59	55
Sachsen	71	83	53	45	59	59	39	64	59

Nettolasten bei Verteilung Hartz-IV-Sonderlastenausgleich nach Bedarfsgemeinschaften									MW 2005-2012
Euro	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
Chemnitz, Stadt	1.141	1.192	868	838	943	1.009	725	1.130	984
Dresden, Stadt	1.306	1.275	910	875	1.236	1.055	489	1.422	1.068
Leipzig, Stadt	1.130	1.332	898	874	1.017	1.032	771	1.236	1.037
LK Erzgebirgskreis	806	846	592	446	637	690	466	911	678
LK Mittelsachsen	877	856	509	452	703	758	512	898	697
LK Vogtlandkreis	864	951	605	530	646	713	484	840	709
LK Zwickau	927	1.004	697	591	808	842	562	948	802
LK Bautzen	769	906	611	551	766	737	842	825	751
LK Görlitz	973	908	708	706	740	760	366	600	737
LK Meißen	959	994	713	-151	814	833	657	1.024	732
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	1.033	1.095	774	842	819	921	637	1.075	904
LK Leipzig	1.043	1.096	738	678	899	968	675	1.167	911
LK Nordsachsen	811	978	631	611	751	766	547	916	756
Sachsen	991	1.062	736	647	869	881	606	1.048	858

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung; Daten: Statistisches Landesamt, Kassenstatistik, Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 20: Differenz der Zuweisungen bei Verteilung nach Bedarfsgemeinschaften gegenüber Status quo in Euro

Differenz gegenüber derzeitiger Regelung									
Euro	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	3.145.985	-5.133.936	-1.482.331	-1.849.021	-1.619.698	-1.831.805	-2.189.074	-2.643.756	-1.700.454
Dresden, Stadt	9.235.148	1.465.717	3.317.302	1.271.480	1.291.298	986.002	94.333	-311.086	2.168.774
Leipzig, Stadt	40.474.510	29.800.818	37.006.919	38.034.775	36.441.082	35.556.544	34.919.376	30.061.090	35.286.889
LK Erzgebirgskreis	-5.172.321	-3.601.287	-4.989.566	-5.032.947	-4.102.083	-4.354.816	-3.861.262	-2.248.311	-4.170.324
LK Mittelsachsen	-8.922.070	-1.028.148	-5.409.473	-5.920.916	-4.776.652	-4.343.931	-4.421.276	-2.812.267	-4.704.342
LK Vogtlandkreis	-522.401	-4.113.426	-3.252.352	-3.110.767	-2.582.222	-2.892.630	-2.800.183	-1.898.220	-2.646.525
LK Zwickau	-3.994.086	-5.235.562	-6.178.585	-5.808.276	-5.608.259	-5.718.991	-4.889.121	-3.116.764	-5.068.706
LK Bautzen	-14.888.762	-1.773.115	-6.382.900	-6.313.976	-6.485.500	-5.844.112	-6.340.266	-5.896.053	-6.740.586
LK Görlitz	-11.999.695	3.400.974	-681.051	-1.414.004	-1.712.732	-640.807	-288.014	-1.658.836	-1.874.271
LK Meißen	-506.380	-3.043.985	-2.382.655	-1.668.617	-1.604.836	-1.061.797	-1.459.281	-855.123	-1.572.834
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	109.915	-1.508.980	-2.520.057	-1.229.453	-2.539.167	-3.249.774	-1.804.467	-1.029.511	-1.721.437
LK Leipzig	-6.081.953	-3.647.740	-4.466.353	-3.905.896	-3.803.521	-4.267.188	-4.299.307	-4.519.582	-4.373.942
LK Nordsachsen	-877.891	-5.581.330	-2.578.898	-3.052.383	-2.897.709	-2.336.695	-2.661.457	-3.071.580	-2.882.243
Sachsen	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung.

Tabelle 21: Differenz der Zuweisungen bei Verteilung nach Bedarfsgemeinschaften gegenüber Status quo in Euro je Einw. und Euro je BG

Differenz gegenüber derzeitiger Regelung									
Euro/Einw.	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	13	-21	-6	-8	-7	-8	-9	-11	-7
Dresden, Stadt	19	3	7	3	3	2	0	-1	4
Leipzig, Stadt	81	59	73	74	71	69	69	59	69
LK Erzgebirgskreis	-13	-9	-13	-13	-11	-12	-11	-6	-11
LK Mittelsachsen	-25	-3	-16	-18	-14	-13	-14	-9	-14
LK Vogtlandkreis	-2	-16	-13	-12	-10	-12	-12	-8	-11
LK Zwickau	-11	-15	-17	-17	-16	-17	-15	-9	-15
LK Bautzen	-43	-5	-19	-19	-20	-18	-20	-19	-20
LK Görlitz	-40	12	-2	-5	-6	-2	-1	-6	-7
LK Meißen	-2	-12	-9	-6	-6	-4	-6	-3	-6
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	0	-6	-10	-5	-10	-13	-7	-4	-7
LK Leipzig	-22	-13	-16	-14	-14	-16	-16	-17	-16
LK Nordsachsen	-4	-26	-12	-14	-14	-11	-13	-15	-14
Sachsen	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Differenz gegenüber derzeitiger Regelung									
Euro	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	MW 2005-2012
Chemnitz, Stadt	166	-249	-76	-98	-89	-102	-129	-162	-92
Dresden, Stadt	301	41	95	37	38	29	3	-10	64
Leipzig, Stadt	857	582	752	784	759	745	755	681	738
LK Erzgebirgskreis	-194	-130	-199	-215	-181	-202	-201	-122	-181
LK Mittelsachsen	-388	-43	-244	-285	-240	-229	-260	-178	-233
LK Vogtlandkreis	-33	-239	-206	-208	-175	-201	-211	-154	-179
LK Zwickau	-166	-203	-261	-262	-261	-275	-260	-178	-233
LK Bautzen	-598	-69	-282	-296	-318	-298	-346	-347	-318
LK Görlitz	-453	123	-27	-59	-75	-30	-14	-87	-80
LK Meißen	-29	-156	-135	-101	-102	-69	-102	-62	-96
LK Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	7	-87	-158	-81	-172	-226	-135	-81	-115
LK Leipzig	-310	-170	-234	-218	-220	-253	-270	-297	-244
LK Nordsachsen	-52	-310	-158	-198	-197	-163	-198	-241	-189
Sachsen	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Eigene Darstellung, eigene Berechnung.